

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 22. Oktober. Se. Majestät der König haben Allernächst gestimmt: Dem Kreisgerichtsrath Wild zu Grauden und dem katholischen Pfarrer Korczykowski zu Thiergarth im Kreise Marienburg den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem Major v. Schenck vom Königs-Husaren-Regiment (1. rheinischen) Nr. 7, dem Salinen-Inspektor Weiß zu Soden, dem katholischen Oberpfarrer und Schulpfeifer Clemens zu Niedenheim im Kreise Rheinbach, dem emeritierten Pastor Gebhardi zu Barth, dem Prediger Hoffbauer zu Nezen im Kreise Bauch-Belzig und dem Rector Schumann zu Brandenburg a. H. den Roten Adlerorden vierter Klasse, dem Gouvernements-Auditeur, Justizrat Petiscus zu Breslau den königlichen Kronenorden dritter Klasse, dem Obergerichtsanwalt Müller zu Röthenburg im Regierungsbezirk Kassel, dem Ober-Steuerinspektor, Steuerrath Wolff zu Oberlahnstein im Regierungsbezirk Wiesbaden, dem Kreisgerichts-Sekretär Kanzlerath Häusburg zu Lieghof im Kreise Marienburg und dem Kreis-Sekretär Gammerbach zu Rheinbach den königlichen Kronenorden vierter Klasse zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Frankfurt a. M., 22. Oktober Abends. Se. Majestät der König von Preußen, dessen Ankunft hier selbst Abends 9 Uhr erwartet wird, wird das Souper in Westenhall-Hotel einnehmen und nach einstündigem Aufenthalt die Reise nach Berlin per Extrazug fortführen.

München, 22. Oktober Nachmitt. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte in ihrer heutigen Sitzung mit 117 gegen 17 Stimmen den Beitrag vom 8. Juli d. J., betreffend die Fortdauer des Zoll- und Handelsvertrages.

Stuttgart, 21. Oktober Abends. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kündigte Abgeordneter Hölder eine Interpellation an den Minister des Innern an, des Inhalts: Ob gegründete Aussicht vorhanden sei, daß noch der gegenwärtig Landtag die Verfassungsrevision berathen können.

Baden-Baden, 22. Oktober. Se. Majestät der Kaiser von Österreich ist heute Morgen um 7 Uhr auf dem Bahnhofe in Doss von Sr. Kgl. Hoheit dem Großherzoge von Baden empfangen worden. Wenige Minuten nach dem Eintreffen des Kaiserlichen Bubes erschien Se. Majestät der König, welcher zur Begrüßung des Kaisers zu Wagen von Baden in Begleitung eines Adjutanten herüber gekommen war. Die Begegnung der Monarchen war auf beiden Seiten die freundlichste und herzlichste. Nach etwa 10 Minuten fuhr der Kaiser nach eingezogenem Frühstück die Reise fort.

Paris, 22. Oktober Morgens. Der "Moniteur" zeigt an, daß die norddeutschen Kriegsschiffe "Medusa", "Hertha" und "Friedrich Karl" die Meerenge von Gibraltar passiert haben.

Paris, 22. Oktober. In sonst unrichteten Kreisen wird behauptet, daß die Wendung der italienischen Politik sich den Ansprüchen Frankreichs und der Septemberkonvention willfähriger zu zeigen, als es ursprünglich schien, wesentlich daher röhre, daß man von Berlin aus keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sich Preußen nicht etwa in entgegengesetzter Richtung mit Italien engagieren werde.

Paris, 22. Oktober Abends. "Patrie" meldet: Es steht fest, daß Garibaldi-Caprera verlassen hat und sich auf dem Festlande befindet, doch weiß man über seinen Aufenthalt nichts Gewisses. Morgen findet Ministerrath statt, und zwar in den Tuilerien, weil der Kaiser, wie "Patrie" hinzufügt, wegen der Ankunft des Kaisers von Österreich, nach Paris kommt.

"Etandard" meldet: Gestern Abend und im Laufe der Nacht haben in Florenz einige Ruhestörungen stattgefunden. Obgleich die Agitation ziemlich lebhaft ist, hat sie bislang doch keinen ernsten Charakter angenommen. Garibaldi ist von Caprera verschwunden. Man weiß nur, daß er in Livorno gelandet ist. Die Garibalidianer kampieren in zwei Corps an der römischen Grenze, daß eine im Süden, das andere im Norden.

Brüssel, 22. Oktober Nachmitt. Die Kammern sind heute ohne Ceremoniell eröffnet worden. Der Senat hat mit allen gegen 2 Stimmen den Fürsten von Ligne zum Präsidenten wiedergewählt. Die Deputirtenkammer wählt morgen ihr Präsidium.

Bern, 22. Oktober. Guten Vernehmen nach hat Landammann Dr. Heer, Gesandter der Eidgenossenschaft am Berliner Hofe, seine Entlassung verlangt.

Florenz, 22. Oktober Nachmittags 3 Uhr. Seit gestern Abend ist die telegraphische Verbindung mit Rom unterbrochen. Das Gerücht, Rattazzi werde mit Cialdini gemeinschaftlich ein Kabinett bilden, wird als unrichtig bezeichnet. Daß die Garibalidischen Freischaren sich an die römische Grenze zurückgezogen und die offensive aufgegeben haben, bestätigt sich.

Bei Gelegenheit einer neuen Volks-Demonstration erklärte Rattazzi, die amtliche Zeitung werde heute Abend über die Absichten der Regierung Aufklärungen bringen. Die Volksaufstände zogen sodann vor das Haus Garibaldi's unter dem Rufe: "Rom die Hauptstadt Italiens!" Es herrscht allgemeine Aufregung. An den Stadttoren ist die Einberufung der Altersklasse von 1842 affichert.

Florenz, 22. Abends. Die amtliche Zeitung sagt, jede Gefahr einer Intervention sei beseitigt und fordert Vertrauen zum König, dessen Geschick mit Italien verknüpft sei.

Eine resultatlöse Volksversammlung war es, die gestern im Volksgartensaale tagte, resultatlös nicht, als ob sie keine Beschlüsse zu Stande gebracht, sondern weil diesen Beschlüssen jede Bedeutung abgeht. Das Komitee, welches die Versammlung berufen hatte und welchem schicklicher Weise auch deren Leitung überlassen wurde, schlug eine Resolution vor des Inhalts:

dass die Wahl nur auf solche Wahlmänner zu lenken sei, die a) einem Abgeordneten ihre Stimme geben, welcher rückhaltlos für die gesetzliche und faktische Zugehörigkeit der Provinz Posen zum Norddeutschen Bunde eintrete, b) für einen "entschieden liberalen" Kandidaten zum Abgeordneten stimmen.

Der erste Theil dieser Resolution wurde aus der Mitte der Versammlung angefochten, indem er sich von selbst verstehe. Nachdem die Norddeutsche Bundesversammlung rechts gültig geworden, sei es nicht nur überflüssig, dies noch auszusprechen, sondern es könne auch sogar schädlich werden, indem man damit Zweifel anrege, die nicht mehr bestehen dürfen. Der Passus ist heute in der That ein Anachronismus, der unsere nationalen Gegner nur herausfordern kann. Bei der vorigen Landtagswahl war er noch an der Zeit, weil in diesem Landtag die Zugehörigkeit der Provinz Posen zum Bunde noch einmal in Frage kam; es ist auch damals nicht verfümt worden, der Stimmung der deutschen Wähler in dieser Beziehung Ausdruck zu geben. Heut ist diese Frage geschlossen, sie darf nicht mehr diskutirt werden und es ist somit von Nebel, wieder auf sie zurückzukommen.

Das Komitee hat, wie sich aus der Erwiderung des Vorsitzenden der Versammlung, des Herrn Rechtsanwalt Pilet, der sich von seinem Platze aus recht fleißig an der Diskussion beteiligte, ergab, diesen Passus auch nur dazu bestimmt, um ihn als Abfindung für die Parteien zu benutzen, die im Komitee grundsätzlich nicht vertreten werden sollen.

Diesen soll eine Phrase hingeworfen werden, um sie als "Stimmvieh" zu benutzen. Im Komitee sollen sie nicht vertreten sein, aber sie sollen sich dem Komitee unterwerfen. Dies soll jener Passus allein zu Wege bringen, der denn auch, auf Verlangen zu besonderer Abstimmung gestellt, mit mäßiger Mehrheit von der nicht eben zahlreichen Versammlung angenommen wurde. Über den zweiten Passus der Resolution entspann sich auffälliger Weise kaum eine Debatte, da die Mehrzahl der Anwesenden die Bedeutung des Begriffs der Worte "entschieden liberal" vermutlich nicht gehörig würdigte. Ein Theil solcher Versammlungen ist ja bekanntlich schon von dem bloßen Worte "entschieden" elektrisiert.

Auf eine Definition des Begriffs und eine speziellere Bezeichnung seines politischen Standpunktes überhaupt hat sich das Komitee nicht eingelassen; die Versammlung war also darauf angewiesen, sich an die gängige parlamentarische Nomenklatur zu halten, und darnach ist "entschieden liberal" identisch mit "Fortschrittspartei" oder "äußerste Linke." Wenn also die Resolution nach ihrem Wortlaut zu verstehen ist, so dürfen unsere Wahlmänner resp. unsere Abgeordneten-Kandidaten weder der national-liberalen, noch der altliberalen, noch der frei-konservativen oder gar der schlechthin konservativen Partei angehören. Die Resolution, von der "Plateform" herab dringend empfohlen, wurde im Ganzen angenommen, und es kam schließlich zur Ernennung eines Wahlkomites. Es versteht sich, daß das aus eigner Macht hervorgegangene Komitee einen außerhalb stehenden Verbündeten beauftragt hatte, die Bestätigung für die Dauer der Wahltagituation zu beantragen, was denn auch geschah. "Wir wissen, wie's gemacht wird."

Als aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen wurde, daß das Komitee in seiner autonomen Zusammensetzung sich als zu exklusiv darstelle und der Antrag gestellt wurde, es möge sich aus den anderen politischen Parteien ergänzen, erhob sich von Neuem von der "Plateform" lebhafter Widerspruch, und wohlgemerkt, nur von dieser Seite, wogegen es zwei Personen aus der zartfühligen Versammlung, und zwar solche, die gewiß nicht mit der Absicht gekommen, das Wort zu ergreifen, über sich gewannen, der Selbstverständlichkeit des Komitees gegenüber, das Recht der ausgeschlossenen Parteien zu vertreten. Ein Komiteemitglied versuchte den Widerspruch mit dem großen Worte niederzu schmettern: man wolle keinen "Kraekel" hereinziehen und es komme ihm nicht bei, mit konservativen Arbeitsvögeln zusammen zu arbeiten, ohne wohl an das gute Resultat zu denken, das sonst und insbesondere bei den vorigen Reichstagswahlen das Zusammenwirken aller deutschen Parteien gehabt hatte. Die "Entschiedenen" mögen sich vielleicht einbilden, für den jetzigen Wahlkampf der anderen Parteien nicht zu bedürfen, aber, sowie es an neuen Reichstagswahlen geht, werden sie wieder kommen und einsehen, daß uns Deutschen Kompromisse miteinander nötig sind. Und selbst jetzt wäre es eine Täuschung, die Sicherheit für so groß zu halten, daß man sich erlauben könnte, anderen Parteien Alles zu bieten. Das Komitee überschlägt sich und seine Partei. Die äußerste Linke bildet in unserer Stadt nur einen kleinen Bruchtheil, der Kern der Bevölkerung liegt in den Mittelparteien innerhalb der Grenze der National-Liberalen und der Freikonservativen. Waren wir agitationsstüchtig, so würden wir den thatächlichen Beweis führen; es würde leicht sein, auf denselben Wege, ohne alle Geheimthuerei, ein Wahlkomitee zu gründen, das loyal gegen alle Parteien, mit Recht von sich behaupten könnte, ein Wahlkomitee der deutschen Bevölkerung Posens zu sein. Das gegenwärtige erkennen wir als solches nicht an.

Der Antrag, daß dasselbe zu verpflichten, sich durch Mitglieder verschiedner politischer Richtung zu kooperieren, kam zu einer nicht ganz zweifelsohne Abstimmung. Es ward die Gegenprobe nötig, und als auch diese nicht zum Ziele führte, schlug Herr Pilet itio in partes vor, die aber nicht ausführbar war, da einzelne Urwähler sich auf der Gallerie befanden. Auch wollten sich die anderen nicht befehlen lassen, ihre Bierseidel und Schinkenbrode zu verlassen. Es kam also noch einmal zum Hände aufheben, und nachdem lange gezählt, und mancher Arm gesunken war, erklärte das Bureau den Antrag für gefallen. Probatum est. Ob die erhobenen Arme auf der Gallerie beachtet wurden, darf bezweifelt werden.

## Inserate

1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Beile oder deren Raum, welche höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Es ist sonach kein Werth auf diese Abstimmung zu legen und getrost anzunehmen, daß die Wahlversammlung resultatlos verlaufen. Die Urwähler sind nicht verpflichtet, den Weisungen dieses Komitees zu folgen. Sie mögen vor Allem den deutschen Charakter der Wahl festhalten, für das Uebrige werden die Wahlmänner zu sorgen haben. Das Komitee bedroht uns in der exklusiven Stellung, welche es gegen alles Herkommen einnimmt, mit einer Spaltung. Beharren wir bei unserem früheren, versöhnlichen, Grundsätzen, so wird nicht nur die Spaltung verhindert, sondern auch der Erfolg einer liberalen Wahl, wie er unzweifelhaft im Sinne der Mehrheit unserer Urwähler liegt, ohne schweren Kampf erreicht werden.

## Deutschland.

Preußen. Berlin, 22. Oktober. Bezuglich der Feier des diesjährigen Reformationsfestes ist von dem evangelischen Oberkirchenrath nachstehender Erlass an sämtliche Konfessionen der Monarchie ergangen:

Das diesjährige Reformationsfest bezeichnet den Abschnitt von vierzehn Jahren seit dem Beginn der Reformation und zugleich vollendet sich damit der Zeitraum eines halben Jahrhunderts seit dem denkwürdigen Reformationsfest des Jahres 1817, an welchem, eingeleitet durch den Erlass König Friedrich Wilhelms des Dritten vom 27. September desselben Jahres, die Fänge der Union, wie sie demnächst in der evangelischen Kirche des Landes sich entwickelt hat, durch gemeinschaftliche Kommunionfeier ins Leben traten. In Erinnerung hieran und an den segensreichen Aufführung des kirchlichen Lebens, welches damals, nach Beendigung der Kriegsperiode, den Charakter der folgenden Decennien bestimmend, weithin im christlichen Volke zum Durchbruch kam, geziemt es sich, das diesmalige Reformationsfest mit besonderer Auszeichnung zu begehen, und mit demselben zugleich das Gedächtniß der Vereinigung der beiden evangelischen Schwesterkirchen, in dankbarer Erinnerung der daraus der Landeskirche erwachsenen segensreichen Folgen und unter Fürbitte für deren immer vollere und reinere Gestaltung zu verbinden. Wir veranlassen das königliche Konfistorium, sämmtliche ihm untergebene evangelische Geistliche hierauf hinzuweisen und denselben die entsprechende Gestaltung des Festes zu empfehlen, wobei selbstverständlich in Bezug auf die der Union angehörige Seite des Festes den einzelnen Geistlichen überlassen bleibt, für die mehr oder mindere Hervorhebung, derselben auf die Stellung ihrer Gemeinde zur Union und deren Verständniß für die segensreichen Folgen derselben die gebührende Rücksicht zu nehmen. In Bezug auf den Tag des Festes hat es bei den einzelnen Gemeinden bisher beständige Uebung sein Bewenden, die gleiche ist daher entweder am 31. Oktober, wo dies bis jetzt der Fall war, oder jedenfalls am darauf folgenden Sonntage abzuhalten; wo für dieses Mal, abweichend vom Herkommen, die Abhaltung am 31. Oktober beantragt wird, autorisieren wir das königliche Konfistorium hierzu die Genehmigung zu erhalten. Das Vorschreiben eines bestimmten Predigt-Tages für das Fest haben wir nicht für angemessen erachtet.

Frankfurt a. O., 19. Oktbr. Die Adressen der Bischöfe in Ostpreußen und Bayern, sowie die Nachrichten aus Italien haben hier wie anderwärts die allgemeine Aufmerksamkeit auf die kirchlichen Angelegenheiten gelenkt. S. Ronge hat diesen Beipunkt benutzt und in den größeren Städten von Thüringen, Sachsen, Schlesien ic. Vorträge über die kirchliche Verfassungsfrage gehalten. Die Versammlungen, welche er hier während der letzten zwei Tage hielt, waren sehr zahlreich besucht. Auf Ronge's Anregung bildete sich auch hier ein religiöser Reformverein, deren bereits viele am Mittelrhein bestehen, welcher den Zweck hat, eine zeitgemäße kirchliche Verfassung und die Befreiung der kirchlichen Fremdherrschaft in Deutschland anzubauen. Von hier geht Ronge nach Berlin.

Frankfurt a. M. — Der Ausschuß des National-Ver eins veröffentlicht Folgendes:

Einladung zur Generalversammlung des deutschen Nationalvereins. Die bereits früher angekündigte Generalversammlung des Nationalvereins soll am Montag den 11. November Vormittags 10 Uhr in Kassel stattfinden, und werden die Vereinsmitglieder Namens des Ausschusses zu möglichst zahlreichen Besuchen hiermit ergeben eingeladen. Tagesordnung: 1) Geschäftlicher Bericht. 2) Verfügung über Blottengelder. 3) Antrag des Ausschusses auf Auflösung des Nationalvereins. 4) Verwendung des Vereinsvermögens. Anträge zur Tagesordnung wird gebeten, längstens bis zum 4. November an den Unterzeichneten (Gr. Eschenheimerstr. 45) einenden zu wollen. Versammlungsort ist der Stadtbauaal. Alles Uebrige bleibt den Bekanntmachungen der Lokalkomites vorbehalten.

Frankfurt a. M., den 18. Oktober 1867.

Im Auftrage des Ausschusses.

L. Nagel, Geschäftsführer.

Fulda, 20. Oktober. Am letzten Mittwoch haben die Konferenzen der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands im Sitzungssaale des bischöflichen Seminars ihren Anfang genommen. Dieser ersten Konferenz wohnten bei die Erzbischöfe von Köln, München, Bamberg und der Stellvertreter des Erzbischöfs von Freiburg; ferner die Bischöfe von Passau, Regensburg, Augsburg, Würzburg, Eichstätt, Mainz, Paderborn, Hildesheim, Osna brück, Fulda, die apostolischen Vikare von Euremberg und Dresden, und der Stellvertreter des Bischofs von Kulm. Die Konferenzen haben zunächst den Charakter von vertraulichen Besprechungen und sind diese vorbereitender Natur für das von Pius IX. ausgeschriebene allgemeine Konzil zu Rom am Schlüsse des Jahres 1868. Das Bleiben der österreichischen Erzbischöfe und Bischöfe darf unter den gegenwärtigen Umständen nicht befremden. Der überaus heftige Sturm, der gegen das Konkordat dort eben losgebrochen ist, fordert die Anwesenheit der Prälaten im Reichsrathe zu Wien, wie dies der Erzbischof Primas von Salzburg, der Kardinal Erzbischof Fürst Schwarzenberg und der Bischof von Linz in besonderen Schreiben an den Bischof von Fulda ausgesprochen haben. Beide österreichische Prälaten hatten vor dem neuesten Konkordatssturm ihre Theilnahme an der Fuldaer Konferenz zugesagt. Die Bischöfe von Speier, Nottenburg, Limburg a. d. Lahn und Münster waren theils durch augenblickliches Unwohlsein, theils durch allgemeine körperliche Gebrechlichkeit an der Theilnahme bei den Konferenzen verhindert.

Kassel, 17. Oktober. Am 1. November jedes Jahres wurde in Kurhessen ein sogenannter Buß-, Bet- und Danktag gefeiert. Die Konfessionen versammeln zu demselben einen besonderen "Bettagstext" abwechselnd. Dieses Jahr hat denselben der Superintendent Kümmel in Marburg verfaßt und in das Ankündigungsgesetz

het folgende Stelle aufgenommen: „Und ob er auch Blut und Pe-  
stilenz von unserem Volke fern gehalten hat aus lauter Gnade, so  
hat er es um seiner Untreue willen doch nicht ungestrafft gelassen.  
Da er hat das Bitterste über dasselbe verhängt, was ein Volk (!)  
treffen kann: Er hat ihm seine Selbstständigkeit und sein Fürsten-  
haus genommen, unter dessen Scepter es Jahrhunderte lang mit  
Ehren neben seinen Brüdern gestanden hat und dessen Weisheit  
und Gottesfurcht ihm das reine Wort und Evangelium erstritten  
und als ein kostbares Erbe der Väter bewahrt hat.“ Wegen dieses  
Passus wurden die schon ausgegebenen Beitragszettel wieder einge-  
fordert, doch soll nun ein Bescheid von dem Ober-Präsidium einge-  
laufen sein, wonach dieselben wieder frei gegeben sind, doch soll der  
Passus nicht von der Kanzel verlesen werden. (Wes.-Btg.)

Kulm, 19. Oktober. [Vermächtniß; Lehrerinnen-Seminar.] Der zu Pelplin verstorbene Dom-Probst von Kulm, Dr. Herzog, hat dem hiesigen Kloster den größten Theil seines nicht unbedeutenden Vermögens testamentarisch vermachts. — Wie verlautet, sollen unsere Schulanstalten noch um eine, ein kathol. Lehrerinnen-Seminar, vermehrt werden; dasselbe dürfte vielleicht in Verbindung mit der Kloster-Töchterschule der harmherzigen Schwestern gebracht werden.

**Bayern.** München, 21. Oktober, Nachmittags. Fürst Hohenlohe erklärte heute im Abgeordnetenhouse bei der Verhandlung über den Zollvereinsvertrag, Preußen habe auf den letzten Berliner Konferenzen bestimmt ausgesprochen, es werde keinen anderen Zollvereinsvertrag eingehen, als auf den von Preußen vorgeschlagenen Grundlagen; wollten die süddeutschen Staaten diese nicht, so möchten sie für sich einen eigenen Zollverein bilden, Preußen werde mit diesem freundschaftliche Beziehungen gern unterhalten. Vor dieser Alternative stehend, müsse Bayern sich sagen, daß die Vortheile des neuen Zollvereins doch größer, als die Opfer, welche er auferlege. Wollte es austreten, so müßte es entweder mit Baden und Württemberg einen Zollverein gründen, was diese schon abgelehnt hätten, oder isolirt stehen. Im letzteren Falle kämen die Zollschranken viel zu theuer, eine Freihandelspolitik aber würde Bayern ruiniren. Die Besorgnisse politischer Art, die an den neuen Vertrag geknüpft worden, seien übertrieben. Die Zollparlamentskompetenz sei streng begrenzt, eine Erweiterung ohne Bayerns Willen unmöglich. Was die Zukunft bringe, dafür könne man freilich nicht einstehen; je nachdem sie sich gestalte, werde er sein Programm vielleicht modifizieren. — Der Abgeordnete Barth erklärt Namens der Fortschrittspartei, welche den Eintritt in den Nordbund anstrebt, daß sie Hohenlohe's Politik nicht bekämpfe, wenn ihr dieselbe auch nicht weit genug gebe. (B. B.-3.)

München, 22. Oktober. Der Kaiser von Österreich ist heute Nachts in Begleitung des Frhnr. v. Beust und des Grafen Andrássy hier durchgereist. Er wurde am Bahnhofe vom Prinzen Adalbert und den Herzoglichen Prinzen begrüßt. Es ist zweifelhaft, ob der Kaiser auf seiner Rückkehr mit dem Könige von Bayern zusammentreffen wird, da zwischen den beiden Monarchen eine persönliche Spannung seit dem Rücktritt des Königs von der Heirath besteht.

— In der heutigen Sitzung der Kammer schlug der Abgeordnete Dr. Weiß vor, die Regierung möge, gestützt auf das Landtagsvotum, neue Verhandlungen mit Preußen behufs einer Neugestaltung des Zollvereins anknüpfen. Der Handelsminister erklärte auf den Vorschlag nicht Rücksicht nehmen zu können, da Preußen keinesfalls die Früchte seiner vorjährigen Erfolge aufgeben werde.

## O e f t r e i d.

Wien, 21. Oktober. Gestern fand hier die Einweihung des Schwarzenberg-Monuments statt, die man — um im Augenblick der kaiserlichen Reise nach Paris jede Kränkung der französischen Empfindlichkeit zu vermeiden — von dem Tage der Leipziger Schlacht auf das Datum des fürstlichen Begräbnistages verlegt hatte und zu der das Hofmarschallamt auch, in einem Uebermaße von Reserve, die Mitglieder des diplomatischen Corps nur „comme simples spectateurs“ als einfache Zuschauer eingeladen, so daß sie auf ihrer Tribüne ohne Uniform erschienen. Der Kaiser wurde von der zahlreich versammelten Menge mit so enthusiastischen Bivatrufen empfangen, wie kaum jemals seit den ersten Honigwochen des Jahres 1861. Auch erwiderte er selber die Grüße der Bevölkerung in so warmer Weise, wie das sonst nicht seine Art zu sein pflegt. Das Ganze war eine unverkennbare Kundgebung an die Adresse der Ultramontanen. Es galt zu zeigen, wie froh beide Theile sind, mit dem Handschreiben an den Kardinal Rauscher jene Scheidewand aus dem Wege geräumt zu sehen, welche bisher in Gestalt des Konfordats zwischen Herrscher und Volk gestanden. Ein frasser Gegensatz als der zwischen heute und vor einem Jahre war kaum denkbar. Damals kehrte der Kaiser an einem trüben Novemberabend von seiner Rundreise nach Mähren und Böhmen zurück, auf welchen Ausflug das vermeintliche Attentat in Prag noch einen besonders tiefen Schatten geworfen. Obgleich ganz Niederösterreich bis vor die Thore von Wien gewiß eben so viel unter dem Feinde gelitten wie Böhmen und Mähren, obwohl es sicherlich nicht weniger Patriotismus bewiesen, als die Czechen in den Ländern der Wenzelskrone, hatte Belcredi es dennoch durchzusehen gewußt, daß der Kaiser weder bei der Hin- noch bei der Rückfahrt in dem Erzherzogthum auch nur einmal anhielt. Es galt, die Drohung des Staatsministers zu erfüllen, der laut erklärte, daß „mit diesen Deutschen nichts anzufangen sei“; es galt, das Schreckenswort Belcredi's wahr zu machen: „Schmerling hat Destreich fünf Jahre lang ohne die Slawen regiert; ich werde diesen Deutschen zeigen, daß man die Monarchie doppelt so lange ohne sie regieren kann!“ So kam damals der Monarch in die Hauptstadt, wo eben der Staatsminister Belcredi die Wuth der Bürger auf's äußerste gereizt, indem er den Gemeinderathsbeschlüssen wegen Nichtzulassung der Jesuiten in Wien und wegen Einrichtung eines Lehrerseminars nach preußischem Muster in hochmuthigster Weise die Verufung auf das Konfondat als das einzige nichtsässige Staatsgrundgesetz entgegenhielt. Freilich hatte der Polizeiminister Belcredi, um allen, selbst rein negativen Demonstrationen vorzubeugen, allgemeine Beleuchtung der Straßen, durch welche der Kaiser vom Bahnhof nach Schönbrunn fuhr, abbefohlen, aber ihn selber mag die Ordre gereut haben: denn es brannten gerade nur genug Lichter, um die stockdunkle Finsterniß und die Dede der Gassen desto sichtbarer zu machen. Heute dagegen fühlt die Bevölkerung sich glücklich, weil Baron Hübner die Weisung erhalten hat, den Papst zum Verbleiben in Rom aufzufordern, selbst für den Fall, daß die Sta-

liener einrücken sollten, womit denn endlich festgestellt ist, daß die Kurie ihre Sachen allein ordnen muß und Desreicht aufgehört hat ihr Großnecht zu sein! weil die Minister im Abgeordnetenhouse anzeigen konnten, daß in Mähren und Galizien das Einschreiten der Staatsbehörden gegen jene rebellischen Geistlichen bereits begonnen habe, die sich alles Ernstes einbilden, am Konkordat müsse der Verfassungsstaat scheitern.

## Großbritannien und Irland.

— Die Regierung beabsichtigt, der abyssinischen Expedition einen Gelehrten des britischen Museum beizugeben, was im Interesse der Wissenschaft sehr wünschenswerth ist, da in Abyssinien ohne Zweifel ein großer Schatz von Manuskripten und Inschriften verarbeiten liege.

## Italien.

— Ruhe ist die erste Bürgerschuld! Dies ist etwa der Inhalt einer Ermahnung, welche heute die „Italie“ an der Spitze ihres Blattes bringt, während sie unter den letzten Nachrichten meldet, die Regierung lasse tapfer verhafteten: so seien 70 junge Leute, die zu Schiff nach dem Kirchenstaate wollten, 7 Mitglien von Livorno aufgegriffen worden; überhaupt seien schon über 2000 Leute, die nach dem Kirchenstaate wollten, in Gewahrsam gebracht worden. Doch sei es grundfalsch, wenn die Feinde Italiens dem Aufstande einen antireligiösen Stempel aufdrücken wollten, dies sei so wenig der Fall, daß es in der Proklamation des Oberbefehlshabers der römischen Legion ausdrücklich heißt: „Wir erläutern keineswegs Krieg den Altären, sondern wir wollen nur die unreine Vereinigung der beiden Gewalten brechen, welche die Vernunft getrennt wissen will.“ Die „Italie“ fügt hinzu: „Das ist das Programm der Insurrektion: Ehrfurcht vor den Altären, Trennung der weltlichen Gewalt von der geistlichen in Rom! Und hierin stimmt sie vollkommen mit den politischen und religiösen Ideen und Grundsätzen aller civilisierten Völker überein.“

# Zürfel.

Konstantinopel, 21. Oktober. Der englische Botschafter Mr. Elliot ist am Freitag hier eingetroffen und wird am Mittwoch eine Audienz beim Sultan, sowie überhaupt einen offiziellen Empfang bei der Pforte haben. — Die aus Kreta vom Groß-Bezirker eingetroffenen Nachrichten melden, daß die Zusammenberufung der aus allen Distrikten zu erwählenden gemischten Deputation, welche über die künftige Verwaltung der Insel berathen soll, günstigen Fortschritt nimmt. („B. B. 3.“)

# B o m R e i c h s t a g e.

25. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.  
Berlin, 21. Februar 1867.

Berlin, 21. Oktober 1867.

(Schriftsteller.)

Präsident Delbrück: Es bedarf kaum der Versicherung, daß es den Regierungen sehr ferne gelegen hat, durch das vorliegende Gesetz die Grundlagen des Gemeindelebens erschüttern zu wollen. Ich glaube auch nicht, daß sich die von dem Vorredner angeführten Konsequenzen ergeben. Wo nach der bestehenden Gesetzgebung oder Vokalverfassung zu der Befugniß sich aufzuhalten oder niederzulassen die vorgängige Erwerbung des Bürgerrechtes gehört, da tritt allerdings durch dies Gesetz eine Änderung ein. Von der vorhergehenden Erwerbung der Gemeindeangehörigkeit kann das Recht zur Niederlassung nicht mehr abhängig gemacht werden. Wo aber aus der Niederlassung nach einer bestimmten Zeit die Verpflichtung folgt, Gemeinde-Angehöriger zu werden, da ändert dies Gesetz gar nichts. Es ist scharf zu unterscheiden zwischen Voraussetzung und Folge. Es ist ferner zweifellos, daß es wünschenswerth erscheint, die Gesetzgebung über die Verpflichtung, Gemeinde-Angehöriger zu werden, da, wo bisher diese Bestimmung nicht existirt, dahin zu ändern, daß die Erwerbung des Bürgerrechtes nicht mehr durch eine ausdrückliche Willenserklärung, sondern nach Verlauf einer bestimmten Zeit stillschweigend erfolgt. In dieser Beziehung hat die Territorial-Gesetzgebung vollständig freie Hand. Hiernach, denke ich, werden die Bedenken des Herrn Vorredners über diesen Punkt erledigt sein. Was den zweiten Punkt anbetrifft, so hat er darin Recht, daß in diesem Augenblick zwischen den neu erworbenen preußischen Provinzen und den älteren ein Zustand besteht, der auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Es ist auch entschieden die Absicht der preußischen Regierung, diesem Zustande im Wege der Territorial-Gesetzgebung abzuhelfen, der sich übrigens ganz unabhängig von diesem Gesetze herausgestellt hat. Was den Antrag des Abg. Blaude betrifft, so bin ich nicht in der Lage, für die nächste Sitzungsperiode ein Gesetz über das Heimathrecht zuzufügen. Der Herr Vorredner selbst hat hervorgehoben, daß ein solches Gesetz sehr große Schwierigkeiten hat; daß der Gegenstand zu denjenigen gehört, auf welche sich die Thätigkeit der Bundesgesetzgebung würde erstrecken müssen, das ist in den Motiven der Vorlage des Bundesrathes ausdrücklich anerkannt. Ueber ein die Armenpflege betreffendes Gesetz kann ich im Augenblidc nur meine persönliche Ansicht aussprechen. Ich zweifle nicht, daß sich das Bedürfniß ergeben wird, ein solches Gesetz für den Bund zu erlassen und daß dann der Bundesrat diesem Bedürfniß durch eine Vorlage entsprechen wird.

Abg. Dr. Löwe: Der Herr Vorredner hätte sich weit eher gegen das Gesetz einschreiben lassen können als ich. Er hat uns gezeigt, wie gefährlich es ist, solche Materien in kleinen Territorial-Gesetzgebungen behandeln zu lassen. Ich kann mich nur freuen, daß die preußische Regierung nicht das Vertrauen in den Herrn Vorredner gesetzt hat, ihn bei der Anordnung der neuen Verhältnisse zu Rathe zu ziehen, als sie den Erlass gemacht, der die Gewerbefreiheit faktisch in den neuen Provinzen eingeführt hat. Während ich mir erstaunt gefragt habe, also sobald der Absolutismus auch nur einmal auf eine kurze Zeit wieder hergestellt ist, sogleich erhebt er seine Flügel wieder zu einem mächtigen Flug und errinnert sich seiner schönen Zeit, die er je gehabt, um die neuen Erwerbungen zu befestigen, hat der Herr Vorredner bei diesem Vorgang die größten Bedenken und beklagt ihn bitterlich. Er kommt uns mit einem neuen Gemeinderechte, gegen das gerade diejenigen sich ernstlich verwahren müßten, die eine gesunde Gemeinde-Organisation wollen. Wir in den alten preußischen Provinzen haben schon lange eine gesunde Grundlage des Gemeindelebens verlangt, aber wir würden uns sehr bedanken, den Gemeinden dies exklusive Recht der Unterstützung gegen den Einzelnen zu gewähren. Ich habe nie anerkannt, daß die Beschränktheit der Gemeindebehörden noch lange die Freizügigkeit illusorisch machen noch lange in der Armentalschauung die unlässlichen Zustände

nachen, noch lange in der Armentgelegenheit die unglücklichsten Zustände schaffen wird, bis wir ein den Verhältnissen unserer Zeit entsprechendes Armen-  
gesetz haben werden. Aber dies wird gerade den Bued haben, die leidenden  
Klassen vor dieser Beschränktheit der Gemeindebehörden zu wahren, ihnen eine  
ngemessene Pflege zu sichern. Daz wir mit diesem Gesetz nichts Vollständiges  
haben, darin sind wir Alle mit dem Herrn Präsidenten Delbrück einver-  
standen. Meine Differenz mit ihm beginnt da, wo es sich fragt: sind denn die  
Zustände nun so weit, um das Bürgerrecht durch die gewerbliche Freiheit wert-  
voll zu machen? Auch unser Amendement giebt noch nicht das v o l l e Bü-  
gerrecht, wir lassen noch das politische Bürgerthum, die Gemeindeangelegen-  
heiten, die Armenpflege bei Seite. Für möglich und thunlich halten wir es  
aber, die Freizügigkeit mit dem Inhalt zu erfüllen, daß Demand nicht bloß  
berall hingehen, sondern auch überall ehre Arbeit verrichten kann.  
Wenn der Vorredner sich für die Meisterprüfungen ereifert, so wollen wir ihm  
nd allen, die noch geprüft sein wollen, diese Freude lassen, wir wollen nur  
dass die Prüfung kein Hinderniß des Gewerbetriebes werden soll. Der Herr  
Präsident sympathisiert vollständig mit dem Gedanken der gewerblichen Freiheit,  
ur sei es augenblicklich nicht die Zeit und der Ort dazu. Ich traue seinen  
Leuferungen durchaus, aber ist er denn der Herr des Bundesrates? hat es  
enn dem alten seligen Bundestage an guten Anläufen und Vorfäßen gefehlt  
mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist? Die Herren von Mecklenburg wa-  
ren ja damals die Heißsporne des Liberalismus im Bunde (Heiterkeit). Aber  
ach und nach fand sich der Widerstand Seitens einzelner Regierungen immer  
wieder ein. Sind wir denn sicher, daß das hier nicht der Fall sein wird?  
Darum gehen wir heute selbstständig vor, fahren wir mit einem neuen Pfahl

in das Fleisch dieser Gesetzgebung, welcher dahin wirken soll, daß die Sache nicht so bleibt wie sie ist. — Redner befürwortet zum Schluß die Freizügigkeit der Aerzte im Bundesgebiete als einen Alt der Dankbarkeit gegen die Universitäten.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

Referent Dr. Braun: hält den von der Kommission gemachten Zusatz dem Schluß des §. 1 trotz der Einwendungen Delbrücks aufrecht und bittet um dessen Annahme. Derselbe ist durchaus nicht überflüssig. Durch den Eingang des §. 1 werden nur die Auswärtigen den Einheimischen gleichgestellt; wo die Einheimischen in den Einzelländern gewisse Rechte ihrer Religion wegen sc. nicht ausüben dürfen, dürfen dies dann auch nicht die von auswärts kommenden. Dieser Zusatz soll aber alle diese Beschränkungen auch für die Einheimischen aufheben. Und dies muß ausdrücklich ausgesprochen werden. Denn es gibt noch innerhalb des Bundesgebietes Länder oder vielmehr ein Land, wo Staatsbürger israelitischen Glaubens kein Grundeigenthum erwerben und in einzelnen Städten nicht einmal wohnen dürfen. Durch die vorhergehenden Bestimmungen sind diese Beschränkungen nicht aufgehoben. Ferner dürfen bis jetzt in Sachsen-Weimar-Eisenach nur Gemeindeangehörige Grundstücke erwerben, und der Böllbürger nie Wohngebäude erwerben. Die bisher geführte Debatte hat auf mich folgenden Eindruck gemacht. Durch die Gründung des Norddeutschen Bundes befinden wir uns in einem großen Raum, in dem wir uns nicht mehr trennen und bewegen wollen ohne Beengung. Dabei stoßen wir aber auf allerlei Hindernisse, die aus der Zeit der früheren Berlitzung herstammen. Ein solches Hinderniß sind die Schranken, welche die interkommunale und interkonfessionelle Freizügigkeit beschränken. Diese sollen durch das vorliegende Gesetz beseitigt werden. Die Frage ist nun, ob gleichzeitig noch andere Schranken beseitigt werden sollen, und ob man nur unter der Bedingung, daß alle Schranken auf einmal fallen, für das Gesetz stimmen will oder auch damit einverstanden ist, daß dies nach und nach geschieht. Es unterliegt keinem Zweifel, und die Kommission war hierüber mit den Vertretern der Bundesregierungen durchaus einig, daß, wenn die persönliche Freizügigkeit zur vollen Fruchtbarkeit gedeihen soll, sie durch die gewerbliche Freizügigkeit ergänzt werden muß. Ich bin aber der Ansicht, daß, wenn auch noch die gewerbliche Freiheit fehlt, der Gesetzentwurf doch immer noch große und wichtige Reformen bringt, indem er immer die volle wirtschaftliche Freizügigkeit für alle diejenigen bringt, die nicht unter den Bünden stehen oder bisher einer besonderen Koncession sc. bedurft haben, und dies ist die Mehrzahl der ctitulirenden Arbeitkräfte. — Eine große Minorität der Kommission — 10 gegen 11 — war allerdings der Ansicht, es mit der Gewerbefreiheit zu probiren. Aber es entstanden bald Schwierigkeiten über die Mittel und Wege der Ausführung und man einige sich schließlich zu einem Vorschlage, der wörtlich übereinstimmt mit den beiden ersten Alinæ des Antrags Löwe. Der Vertreter Sachsen's hat im Bundesrathe beantragt, die Einzelregierungen aufzufordern, im Sinne der Gewerbefreiheit die einzelnen Gewerbeordnungen zu revidiren und an den Bundesrathe darüber zu berichten, ob und inwieweit die Mitwirkung der Bundesgesetzgebung zur Aenderung der Gesetzgebung nützlich und nothwendig sei. — Durch einen solchen Antrag könnten wir uns aber nicht befriedigt erklären, da die Sache dadurch nur auf die lange Bank geschoben wird. Die Kommission hat jedoch unseren Vorschlag abgelehnt. — Heute liegt die Sache anders; wir haben von Seiten des Bundesrathes die Erklärung gehört, daß man die Frage nicht der Territorialgelegbung überlassen, sondern mit der Bundesgesetzgebung eintreten will; und wir hoffen, daß es bald geschieht. Die Bünde mögen ruhig bestehen bleiben, wie in England; aber sie sollen nicht das Recht haben, Demandem eine bestimmte Arbeit zu verbieten; denn weder der Staat, noch die Gemeinde, noch die Bünde hat das Recht, Demandem das Recht streitig zu machen, zu leben und zu arbeiten. — Wenn nun von einem Vorredner gesagt wird, daß man in Betreff der Aufhebung des Prüfungzwanges die Bauhandwerker ausschließen müßte, so sehe ich dafür keinen Grund ein; die Erfahrung spricht auch nicht dafür; hier in Berlin sind die Bauhandwerker geprüft und doch fallen die Häuser ein; bei uns zu Hause besteht keine Prüfung und solche Fälle kommen nicht vor. (Heiterkeit.) Die Prüfung allein macht es nicht. — Den Ausführungen des Abg. Miquel kann ich nicht beitreten; denn die Gemeinde ist um der Menschen willen da, und nicht der Mensch um der Gemeinde willen, und keine Gemeinde hat das Recht, ihre Befugnisse so weit auszudehnen, daß angeborene Menschenrechte dadurch verletzt werden. Die Freizügigkeit wird das beste Mittel gegen Armentaus-Kandidaten sein; in Frankreich herrscht vollständige Freizügigkeit, und nirgends ist eine drohende Überlastung von Armenunterstützungen bemerkbar. Nach alledem bin ich der Ansicht, daß, wenn auch jetzt die Gewerbefreiheit noch nicht mit eingeführt werden sollte, der vorliegende Gesetzentwurf doch sehr heilsame und weitgehende Reformen einführt schon dadurch, daß die Zugfreiheit unter den Schutz der Bundesgewalt gestellt wird. Ich gebe zu, daß Gesetz läßt Vieles zu wünschen übrig und ich meine, daß man schon jetzt auch die Gewerbefreiheit unbedenklich einführen könnte, und ich werde deshalb für den Antrag Löwe stehen: aber ich werde, trotzdem er voraussichtlich abgelehnt wird, doch für das ganze Gesetz stimmen. So folgt die Tagesordnungsschrift S. 1.

für das ganze Gesetz stimmen. Es folgt die Spezialdiskussion über §. 1.  
Abg. Graf Schwerin hebt die Gründe hervor, welche die Majorität der Kommission bestimmt haben, den Zusatz betreff. die Gewerbefreiheit abzulehnen. Die Frage sei für die Bundesgesetzgebung noch nicht reif, müsse vielmehr in den einzelnen Landesgesetzgebungen erst noch vorbereitet werden. — Der Satz, welcher die Befugniß des Haltens von Gesellen &c. betrifft, sei viel zu allgemein gefaßt; die Prüfungen könnten allerdings bei einer großen Zahl von Gewerben unbedenklich aufgehoben werden, aber nicht bei allen, wie z. B. bei den Bauhandwerkern. — Das letzte Al. des §. 1 bittet Redner trog der Ausführungen Delbrück's stehen zu lassen und tritt hier vollständig der Ansicht des Referenten bei.

Präsident Delbrück: Nach den Ausführungen des Referenten mußte wenigstens das Wort „insbesondere“ im letzten Alinea wegfallen; er hält es jedoch für ganz überflüssig, da im Eingang des Paragraphen alles enthalten sei, was dadurch ausgesprochen werden sollte; man könne höchstens bei Nr. 3. des 1. Alinea in Zweifel sein, und stellt es deshalb anheim, am Schluß der 3. Nummer anzufügen: „Ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses“.

Abg. Salzmann (Reuß) empfiehlt auf das Dringendste die Annahme des Antrags Löwe mit besonderer Rücksicht auf sein engeres Vaterland, um in die dort bestehende große chinesische Mauer der Gewerbebeschränkungen wenigstens ein kleines Loch zu stoßen. Persönliche und gewerbliche Freiheit sei nicht zu trennen. Die Schäden der Länder, in denen noch keine Gewerbefreiheit besteht, seien der Art, daß dringende Abhülfe nöthig sei; man soll die Sache nicht wieder persiflieren.

niert wieder vertrieben.

Abg. Michaelis: Bei der Aufstellung eines so durchgreifenden Prinzipps, wie es durch dies Gesetz aufgestellt wird, ist es wohl natürlich, daß bei jedem Paragraphen eine Menge Bedenken auftreten, die in der Menge der gestellten Amendments ihren Ausdruck finden. Durch diese Amendments werden aber allerdings die Bedenken einzelner Mitglieder gehoben, dagegen neue Bedenken für einen andern Theil hervorgerufen, und es würde durch die Aufnahme aller dieser Amendments der ganze Gesetzentwurf nur gefährdet werden. Aus diesem Grunde bin ich gegen das Amendment Löwe. Es ist richtig, daß die Freizüglichkeit keinen absoluten Werth hat ohne die Gewerbebefreiheit. Aber der Abg. Löwe hat den Werth des vorliegenden Gesetzes ohne ohne die Gewerbebefreiheit doch unterschätzt, das gerade den arbeitenden Klassen große Vorteile verschafft. Und ich halte es deshalb nicht für richtig, daß man sagt: „Wir wollen die Freizüglichkeit nicht, wenn wir nicht gleich auch die Gewerbebefreiheit bekommen. Mit demselben Rechte könnte man noch eine Menge andere Bestimmungen verlangen und sein Votum dafür abhängig machen; man könnte für Apotheker, für Rechtsanwälte, für alle Juristen gewerbliche Freizüglichkeit verlangen. — Man muß aber, meine ich, jedes Gesetz auf das Thema beschränken, auf das es sich erstreckt; so auch hier. — Dazu kommt, daß wir ja schon neulich bei Gelegenheit des Koalitionsgegesetzes dieselben Anträge angenommen haben, es wäre ja ein Pleonasmus, dies hier nochmals zu beschließen. Nehmen Sie deshalb die im Gesetz gegebenen Reformen an und machen Sie die Annahme derselben nicht erst noch von der Bedingung anderer Reformen abhängig.

Abg. v. Lüd zieht in Folge der Erklärungen des Bundeskommissars einen Theil seiner Amendements zurück.

Präsident Delbrück schlägt eine solche Fassung vor, die später vom Präsidium

Hessischer Bundeskommissär Hoffmann konstatiert im Namen des Bundesrathes, daß in §. 1 Nr. 1 und 2 nur von Bundes-, nicht von Gemeindeangehörigkeit die Rede sei.

Schleiden beantragt eine redaktionelle Änderung des Alin. 3. Graf Bassweitz und Fries ziehen ihre Anträge zurück.

Bei der Abstimmung wird §. 1 in folgender Fassung angenommen: Alin. 1 und 2 unverändert, Alin. 3 so gefaßt: "Keinem Bundesangehörigen darf (Antrag Schleiden) um des Glaubensbekenntnisses willen oder wegen fehlender Landes- oder Gemeindeangehörigkeit der Aufenthalt (eingeschafet durch v. Boden-Dolffs) u. s. w. verweigert werden." — Alle sonstigen Amendments werden bestätigt.

§. 2 wird genehmigt. Zu §. 3 motiviert v. Kirchmann sein Amendment: in Berlin existiert eine Bestimmung, welche die Befugniß der Polizei, auszuweisen, über die geleglichen Grenzen erweitert. Diese Bestimmung würde nach dem vorliegenden Gesetz fortbestehen und sie bedarf daher der ausdrücklichen Beseitigung. Bundeskommissär v. Puttkammer kennt diese Verordnung nicht und bittet, sie näher zu bezeichnen. v. Kirchmann: Sie liegt allerdings nicht vor, doch gilt sie als öffentliches Recht und stammt aus der Zeit des abfolgenden Staates, als der Beamte nur der Instruktion bedurfte. v. Unruh: als im Jahre 1842 bei Emanation des Niederlassungsgesetzes eine Anzahl Kriegsreisenden in Berlin zurückblieben, wünschte man sie zu entfernen und extrahierte deshalb ein Kabinetts-Ordre, welches die Polizei zur Entfernung von Kriegsreisenden und dergleichen autorisierte. Ich habe sie selbst mit meinen Augen in den Akten des Polizei-Präsidiums gesehen. Auf diese stützt man sich als auf ein Specialgesetz für Berlin. Graf Schwerin wird das aus seiner amtlichen Stellung bestätigen. Graf Schwerin: Der Streit ist müßig und der Antrag v. Kirchmann überflüssig nach der Erklärung des Bundeskommissars, daß eine solche Verordnung mit gesetzlicher Kraft nicht besteht. Außerdem ist der Zweck des Antrages durch §. 12 der Kommission erreicht. Siegler: Der Antrag sei nicht überflüssig. Eine besondere Bestimmung für Berlin, da sie schon aus dem Jahre 1812 und zwar als Privilegium, an dem andere Städte nicht leicht partizipieren sollten. Er selber sei in seiner Vaterstadt Brandenburg als Ausgewiesener nicht hineingelassen, er sei in Paris auf eine Anfrage beschieden worden, daß er Brandenburg mit der Eisenbahn passieren, sich aber dort nicht aufhalten dürfe. Solche Völkervergleichungen, solche lächerliche Antworten müßten unmöglich werden, und alle Gesetzmacherei des Reichstages sei auf jeden Fall verurtheilt werden können. (Beifall.)

Wasker: Wenn Parlamentsmitglieder nach Schluß der Sitzung, Richter aus der Mitte ihres Amtes, ohne daß eine gesetzliche Vorschrift für das Verfahren zu finden ist, ausgewiesen werden können, dann kann man nicht deutlich genug sein, dann muß man jeden Schlupfwinkel verstopfen und ausnahmsweise auch etwas Überflüssiges in ein Gesetz aufnehmen, damit die Regierung sich nicht allen Gelegen zum Troz auf eine geheime Vorschrift stützen könnte.

§. 3 wird mit dem Amendment v. Boden-Dolffs angenommen, die folgenden Paragraphen desgleichen unter Ablehnung sämtlicher Amendments.

Zu §. 12. erläutert Abg. Liebknecht die Geschichte seiner Ausweisung, Verhaftung und Verurtheilung in Berlin, ohne ihm „als Ausländer“. Gründe der Ausweisung anzugeben! Er appelliert von der ersten Instanz, die ihn verurtheilt, nicht an die zweite, sondern an das Volk. Während der Hof sei ihm seine Freiheit gestorben: „Die mich auswiesen, haben mein Glück vernichtet und ich bin nur einer von den Hunderten, denen dies alle Jahr passiert. Und diesen, die mein Weib getötet haben, verdächtigen jetzt meinen Charakter. (Redner verliest ein Schriftstück, das ihn als Parteidräger Dreyfus hinstellt). Redner verliest ein Schriftstück, das ihn als Parteidräger Dreyfus hinstellt. Mein Amendment zu §. 12. soll mich vor der Rückkehr in die Stadtvoigtei und meine Freiheit in Mecklenburg nicht vorkommen. Mehrere von uns (der Linken) haben sie erfahren.

Der Antrag Liebknecht, Bebel und Gen. will Ausweisungen nur auf Grund gerichtlicher Erkenntnisse zulassen oder nach den Bestimmungen der Armenpflege.

Referent Dr. Braun: Gerade dem Bunde ist es zu verdanken, daß Deutsche nicht mehr als „Ausländer“ ausgewiesen werden können.

§. 12. wird ohne den Antrag angenommen, außerdem ein §. 13. (von v. Weitmann-Dolffs beantragt); dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1868 in Kraft, die Resolutionen der Kommission, Blaick's die letztere mit dem Busag-Wilhelms.

Schlüß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. T. O.: (Schlußabstimmung über das Freizügigkeitsgesetz, Militär-Konventionen, Marine-Anleihe.)

## 26. Sitzung des Norddeutschen Reichstages.

Berlin, 22. Oktober 1867.

Gründung 10½ Uhr. Vom Bundesrat anwesend v. Briesen, Delbrück u. A. Der Reichsrat nimmt zuvorwärts das gestern durchberathene Freizügigkeitsgesetz im Ganzen einstimmig an. Dann folgt der Bericht über die Militärkonventionen. Die beiden Referenten für die Schlußberatung Dr. Becker (Dortmund) und Stavenhagen (Halle) beantragen der erfste die Rechtherstellung, der zweite die Ertheilung der Zustimmung. Der Sachverhalt ist folgender:

Durch die Konvention mit Sachsen-Weimar vom 4. Februar 1867, der Meiningen, Altenburg, Anhalt, beide Schwarzburg, beide Meißn, beide Lippe begetreten sind, und durch die mit Lübeck vom 3. Mai d. J. ist diesen Staaten der Beitrag von 225 Thlr. pro Mann auf 162 Thlr. mit einer jährlichen Steigerung um 9 Thlr. vermindert, so daß sie die volle Summe erst vom 1. Juli 1874 zu zahlen brauchen.

Durch die Konvention mit Oldenburg vom 15. Juli d. J. beträgt die Verminderung für diesen Staat 165 Thlr., wächst jährlich um 12 Thlr. und erreicht schon am 1. Juli 1872 die volle Quote.

Koburg-Gotha und Waldeck hatten bereits seit 1861 resp. 1862 besondere Militärkonventionen mit Preußen. Preußen hatte sich verpflichtet, gegen eine Kriegssumme von 80,000 Thlrs. resp. 45,000 Thlrs. in Friedenszeiten jährlich die Erhaltung ihres Kontingentes zu übernehmen. Nach der neuen Konvention mit Koburg-Gotha soll dieses für die eine Hälfte der Friedens-Sollstärke seines Militärs dieselben Nachlässe genügen wie Sachsen-Weimar, dagegen für die andere Hälfte bis zum 1. Juli 1872, bis wohin die frühere Konvention noch zu laufen hatte, nur 80,000 Thlr. jährlich zahlen und erst vom 1. Juli 1872 auch für diesen Theil seines Kontingentes die gleichen Zahlungen wie für den andern übernehmen.

In der Konvention mit Waldeck ist bestimmt, daß es vom 1. Oktober d. J. bis 1. Januar n. J. für sein Kontingent in der bisherigen Kopfstärke (372 Köpfe incl. Offiziere u. f. w.), die durch die Konvention vom 23. Februar 1862 festgelegte jährliche Pauschalsumme von 45,000 Thlrs. pro rata temporis, dagegen für die zur Errichtung des verfassungsmäßigen Einem Procents der Bevölkerung über diese Kopfstärke hinaus präsent zu haltenden Mannschaften einen jährlichen Kopfsatz von 162 Thlrs. ebenfalls pro rata temporis zu zahlen hat, und daß endlich vom 1. Januar 1868 ab die Kosten für das Waldeck'sche Kontingent, so wie die sonstigen Geldbeträge zur Bundesmilitär-Kasse nach dem 18. Juli d. J. abgeschlossen, die Übertragung der inneren Verwaltung Waldecks und Pyrmonts an Preußen bette. Verträge von Preußen bestritten werden sollen.

Referent Abg. Dr. Becker (Dortmund): Nach der Bundesverfassung ist der Friedensstand der Armee auf 300,000 Mann normirt, und der Bundesfeldherr erhält für jeden Kopf dieses Heeres 225 Thlr. zur Verfügung. Es sind aber im Militär-Statut des Bundes für 1868 statt 67½ Millionen nur 66,417,573 Thlr. gefordert. Der Nachlaß ist nun nicht verhältnismäßig allen Bundesstaaten zu Gunze gerechnet, sondern nur den kleineren, und zwar wurde dies im Statut durch die Worte erklärt „unter Verlängerung des Erlaßes, welche einzelnen Bundesstaaten vertragsmäßig gewährt sind.“ Der Reichstag nahm die Position des Staats an, strich aber das Wort „vertragsmäßig“. Einige Tage später wurden diese Verträge dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt. In der Debatte wird als Motiv für diese Nachlässe hervorgehoben, daß diese Staaten mit Ausnahme Oldenburgs früher keine Specialmessen gefestigt hätten, was es billig sei ihre Kräfte zu schonen und daß dies ohne Beeinträchtigung des Bundes möglich sei, indem man nur nach und nach mit der Errichtung der Specialmessen vorgehe. Ich erkenne diese Billigkeitsrücksichten unbedingt an: wenn die preußische Verwaltung auf irgend etwas verzichtet, so kann sie es gewiß sehr gut entbehren. Aber die Volksvertretung hat in erster Linie diese Verträge nach ihrer Verfassungsmäßigkeit zu beurtheilen. Ihnen stehen aber ganz bestimmt die Artikel 62, 58 und 65 der Verfassung gegenüber. Ein Erfolg von Bundesbeiträgen ist in der Verfassung gar nicht vorgesehen. Es wußte allerdings Ledermann, daß Verhandlungen über eine Übergangsperiode im Ganzen seien, in welchen die wirtschaftlich schwächeren Staaten gefördert werden sollten. Das geschah während der Feststellung der Bundesverfassung. Nun hätte wohl die preußische Regierung mit dem Abschluß bis zur Vorführung über die Militär-Artikel der Verfassung besser gewartet. Dann wäre die Disparität zwischen Verträgen und Verfassung vermieden. Von keiner Seite war erheblicher Widerpruch zu erwarten. Ich gebe zu, daß die Verträge, im Interesse des Bundeinstimmens des Bundes und nicht gerade gegen die Verfassung, sondern mehr neben derselben her abgeschlossen sind. Ich mißgönne den Kleinstaaten nichts von dem, was ihnen zugestichert ist. Aber es geht für diesen

Reichstag eine Schranke, über die er nicht hinweg geben kann: sein Budget ist Rechten diese Verträge wenigstens nur bis 1871, denn bis dahin haben wir ohnehin keine Bewilligung des Militär-Statuts, aber sie geben über 1871 hinaus, und ich will unter keiner Bedingung der Auslegung Raum geben, wir hätten durch Genehmigung der in ihnen enthaltenen Bissern die Zustimmung zur weiteren Suspensions- und Budgetrechts gegeben. Wir wollen in den künftigen Jahren den Kleinstaaten diese Nachlässe nicht versagen, ich bin überzeugt, der Reichstag wird bei künftigen Staaten nicht anders verfahren, als in diesem Jahre und das um so mehr, als ja die Summe, um die es sich handelt, von Jahr zu Jahr kleiner wird. Es ist zwar nicht wünschenswert für die kleineren Staaten, daß wir sie so in der Schwere halten, sie dürfen aber keinen Vorzug vor der Gesamtheit verlangen; es ist ja im Norddeutschen Bunde noch Alles unfertig und läßig. Schließlich möchte ich noch warnen, daß Sie nicht aufsichtig und aus Versehen auch den Vertrag mit Waldeck genehmigen. Dieser Vertrag geht uns gar nichts an, weil er die Militärverhältnisse des Norddeutschen Bundes in keiner Weise altert.

Korreferent Stavenhagen: Der Schlußpausch des Art. 58. der Verfassung schließt die in diesen Verträgen enthaltene Ausgleichung in keiner Weise aus. In ganz forster Weise ist die Verträge allerdings nicht zu Stande gekommen, doch liegen entschuldigende Umstände vor. Die Sache wurde nicht cahiert, vielmehr in den „Erläuterungen“ des Kriegsministers ausdrücklich angeführt und damals nicht bemängelt, so daß der Bundesrat wohl glauben konnte, der Reichstag werde gegen die Sache nichts einzuholen haben. Außerdem sind alle formellen Mängel durch die Vorlage an den Reichstag gehoben. Der Herr Referent nimmt an, daß künftig der Reichstag die Nachlässe bewilligen werde: warum will er nicht diese einzelnen Bewilligungen hier in Summa mit einem Male aussprechen?

Abg. Dr. Waldeck: Schon bei der Feststellung der Matrikularbeiträge hat der Reichstag das Wort „vertragsmäßig“ im Kontext des Militär-Statuts gestrichen und dadurch festgestellt, daß die Reparation der Matrikularbeiträge ein Theil des Budgetrechts sei. Es wurde damals versucht, die Frage der Genehmigung der Konventionen, die ich ganz fern zu halten wünschte, hinzuzutragen. Die einen wollten sie gleich genehmigen, die anderen versprachen es zu thun, wenn das Präsidium die Verträge ausdrücklich vorlegte. Wenn man überhaupt genehmigen wollte, hätte man es auch damals gleich thun können; denn die Verträge lagen ja gedruckt vor. Ich meinerseits kann keinen besonderen Triumph des konstitutionellen Prinzips darin finden, daß die Regierung die Verträge nochmals hat drucken lassen. Da die Regierung sich überzeugt hatte, daß die Genehmigung ertheilt werden würde, so war es natürlich besser für sie, die Verträge vorzulegen, weil sie sich dadurch für eine Reihe von Jahren sicherte. Doch das thut hier nichts zur Sache; es genügte, daß durch unsern früheren Beschuß das Prinzip anerkannt war. So lange der Norddeutsche Bunde noch nicht fertig und es noch möglich war, daß das Ganze sich in Bündnisse mit einzelnen Staaten auflösen würde, statt sich zu einem Bundesstaate zu vereinigen, konnte man wohl nichts dagegen haben, daß die Krone Preußen mit den einzelnen Staaten in dieser Weise verhandelte. Aber jetzt haben wir diese Verträge weder zu genehmigen, noch zu verwerten. Das konnte nur geschehen, so lange es noch keine Budgetfrage war. Jetzt, nachdem wir eine Bundesverfassung, ein Bundespräsidium und eine Centralgewalt haben, können solche Verträge nebenbei nicht mehr bestehen. — Art. 58. der Bundesverfassung lautet: „Die Kosten und Lasten des gesammelten Kriegswesens des Bunde sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen, so daß weder Bevorzugungen noch Pragmatiken einzelner Staaten oder Klassen zulässig sind. Wo die gleiche Vertheilung der Lasten in natura sich nicht herstellen läßt ic. ic. ist die Ausgleichung nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit im Wege der Gesetzgebung festzustellen.“ Bei den etwaigen Erleichterungen ist also von Kosten nicht die Rede, sondern nur von Naturlasten. Die Kosten nicht gleichmäßig zu verteilen, daran hat die Verfassung gar nicht gedacht. Wie können wir nun zustimmen, daß bis 1874, bis 1876 eine solche ungleiche Vertheilung der Kosten mit Gesetzkraft angenommen wird? Das liegt gar nicht in der Kompetenz des gegenwärtigen Reichstags. Aus Gründen der Billigkeit haben wir dies für das Jahr 1868 durch das Budget genehmigt. Ob diese Gründe auch für alle folgenden Jahre vorliegen, können wir noch nicht vorhersehen. Die Genehmigung der Verträge in dem Sinne, wie Sie es wollen, ist eine Abdankung des Reichstags (Widerspruch rechts), heißt zugeben, daß die gegenwärtige Bundesverfassung, die erst in ihrer Entwicklung einen Bundesstaat bilden kann, daß das unvollständige Budgetrecht fortbestehen soll über die Grenzen hinaus, welche die Majorität nur bis 1871 gestellt hat. Denn die Verträge gehen bis 1872, bis 1874 und bis 1876. Eine Verallmähigung, die das genehmigt, hebt sich gewissermaßen selbst auf (Widerspruch rechts). Eine Verallmähigung, die auch an diesem letzten Anker nicht festhalten will, vergibt, wodurch sie ihre Existenz behaupten kann, indem sie auch die letzten Rechte ihrer schon sehr beschränkten Rechte aufgibt. Es mögen vielleicht Zwele in diesem Hause alle Regierungs-Vorlagen mit dem Auge ansehen, daß sie glauben, sie müßten alle genehmigt werden, damit nur etwas zu Stande kommt. Andere wieder meinen, man müßte den Verträgen die Zustimmung geben, da sie doch auf jeden Fall ausgeführt werden würden in Folge der Machtvollkommenheit, mit der Sie das Präsidium ausgestattet haben. Solche Motive können aber für uns nicht maßgebend sein; und ich warne Sie ausdrücklich: dehnen Sie das Gesetz nicht über die Finanzperiode aus; Sie begeben sich sonst Ihres Budgetrechtes. Es ist wohl offenbar, daß die kleinen Staaten und ihre Vertreter ein großes Interesse daran haben, die Verträge zu genehmigen. Ich glaube aber, daß diese Spezialinteressen gegen das allgemeine Interesse in diesem Hause in den Hintergrund treten müssen. Es ist nicht zulässig, ein offenkundiges Privilegium gegen die Grundsätze der Verfassung für lange Zeit hinaus anuerneinen; und ich meine, daß dies auch die nicht thun können, die speziellen Nutzen davon haben; sie dürfen sich nicht vom Gedanken der Machtvollkommenheit, mit der Sie das Präsidium ausgestattet haben, beeinflussen lassen, die Verträge zu verwerfen, um diese Verfassung, soviel daran noch zu erreichen ist, möglichst auszubauen und zu verbessern, nicht aber sie von Tag zu Tag schlechter zu machen, als sie schon ursprünglich war. (Beifall links.)

Präident Dr. Simson: Ich glaube, die legte Neußerung überschreitet das Recht der Kritik eines Redners über eine bestehende Institution des Landes. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Waldeck: Ich nehme mir diese Freiheit durchaus in Anspruch und habe sie jeder Zeit und immer auch in ähnlichen Ausdrücken geübt, ich trete damit weder der Achtung vor diesem Hause, noch dem Einzelnen entgegen. Ich habe das auch gar nicht gewollt. Ich habe hier auch nur eine Warnung auszusprechen wollen, gar kein Urteil.

Präident Dr. Simson: Ich glaube, es ist eine Regel aller parlamentarischen Versammlungen der Erde, daß zwar wohl über einen zu fassenden Beschuß, über eine zu gründende Institution mit absoluiter Rücksichtlosigkeit des Ausdrudes gesprochen werden darf, aber mit nichts über diejenige Institution, die von Rechts wegen in dem Lande besteht, um wenigen über die fundamental-institution, wie es die Bundesverfassung für uns ist. (Beifall rechts.)

Abg. Waldeck: Ich konstatiere nur, daß ich nicht zur Ordnung gerufen bin, und ich fordere den Herrn Präidenten auf, wenn er es für gut findet, mich zur Ordnung zu rufen; an diese Urtheile kann und werde ich mich als Volksverteilter gar nicht lehnen.

Präident Dr. Simson: Ich glaube, es ist eine Regel aller parlamentarischen Versammlungen der Erde, daß zwar wohl über einen zu fassenden Beschuß, über eine zu gründende Institution mit absoluiter Rücksichtlosigkeit des Ausdrudes gesprochen werden darf, aber mit nichts über diejenige Institution, die von Rechts wegen in dem Lande besteht, um wenigen über die fundamental-institution, wie es die Bundesverfassung für uns ist. (Beifall links.)

Es werden hierauf die Verträge mit Sachsen-Weimar, Gotha und Lübeck mit großer Majorität (dagegen nur die Linke) genehmigt; desgleichen der mit Oldenburg, zu dem Becker (Oldenburg) bemerkte: Oldenburg hat im Interesse des Bundes auf das ihm noch für 10 Jahre zustehende Præcipuum verzichtet und also dadurch bereits eine Gegenleistung gewährt. Auch liegt es im Interesse des Ganzen, daß die einzelnen kleineren Theile nicht unter der Steuerlast erliegen; es ist ein schlechter Zwang, der auf dem materiellen Ruin der Kleinstaaten beruht. Und Dr. Aegidi: Oldenburg hatte bereits bei der Gründung des deutschen Bundes die berechtigten Forderungen auf finanzielle Sicherung und nur aus Patriotismus hatte es damals auf Realisierung derselben verzichtet. Sie genügen durch Genehmigung des vorliegenden Vertrages also nur einer Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit.

Abg. Westen fragt, ob mit 1868 Waldeck die volle Rate zahlen solle, eine Bestimmung darüber finde sich in der Konvention nicht. Bundeskommissär v. Podbielski: die Konvention mit Waldeck ist nur bis ultimo d. J. abgeschlossen, weil mit dem 1. Januar f. J. die Verwaltung des Landes an Preußen übergeht. Abg. Wasker: Dann sollen wir also einen Vertrag genehmigen, der gar nicht abgeschlossen ist; ich kann deshalb nicht für die Vorlage stimmen. — Der Vertrag mit Waldeck wird ebenfalls genehmigt. (Schluß folgt.)

In der darauf folgenden Beratung über die Marine-Anleihe wurden die §§. 1—8 ohne Diskussion angenommen.

## Parlamentarische Nachrichten.

1. Berlin, 22. Oktober. Die heutige Sitzung des Reichstages nahm einen schnelleren Verlauf, als man erachtet hatte; sie schloß schon gegen 3 Uhr, also nach nur fünfstündigem Dauer. Die Debatten über die Gegenstände, welche auf der Tagesordnung standen, boten weniger hervortretende Momente, als die Vorgänge außerhalb der Tagesordnung. Ganz besonders beschäftigten, und man darf sagen, erregten die Auseinandersetzungen zwischen dem Präidenten Simson und dem Abg. Waldeck die Versammlung. Man war überwiegend in Abgeordnetenkreisen geneigt, sich auf die Seite des Abg. Waldeck zu stellen. Derselbe, — das müssen ihm in der That Freunde und Gegner einräumen — verließ niemals den parlamentarischen Brauch, und, abgesehen von dem Inhalt seiner heutigen Rede über die Konventionen, über welche man ja getheilt

ter Meinung sein kann, muß man einräumen, daß er selten ruhiger und maßvoller gesprochen hat, als heute. Der Präsident Simon, dessen hervorragende Bedeutung gewiß Niemand höher schätzen kann als wir, scheint doch einer zu weit gehenden Auffassung von der Befugniß eines Präsidenten Raum zu geben. Schwerlich würde man sich auf der rechten Seite des Hauses das Recht der freien Kritik haben wehren lassen. Seltener trennte sich diese Versammlung in so erregter Stimmung wie nach der heutigen Sitzung.

Ebenso rief die Frage über Berathung oder Absezung des Antrags Lehnstorff wegen der Gründung von Hypothekenbanken eine ziemlich lebhafte Debatte hervor, welche ganz geeignet war, die eigentlichen Ziele der Antragsteller in das rechte Licht zu setzen. Der Abg. Löwe hat in dieser Beziehung wohl die Sache ganz richtig charakterisiert. Es mag hierbei übrigens bemerkt werden, daß die Annahme des Gesetzes über Aufhebung der Zinsbeschränkungen, wie es aus den Beschlüssen des Reichstages hervorgegangen ist, Seitens des Bundesrates als beschlossene Sache angesehen werden kann. — Gestern Abend hielt die Kommission zur Berathung des Gesetzes über die Bundeschulden-Verwaltung ihre erste Sitzung. Vorsitzender ist der Abg. v. Bockum-Dolfs, Berichterstatter der Abg. v. Forckenbeck (grade wie in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauuses in den Jahren 1863 bis 1865). Der Bundesrat war vertreten durch den Vorsitzenden des Rechnungsausschusses Geh. Rath Günther. Die äußerst lebhafte und bis Mitternacht währende Debatte bewegte sich namentlich um den vom Abgeordneten Hagen gestellten Antrag: in den Eid der Verwaltungsbeamten die Bestimmung aufzunehmen: Konvertirungen von Schuldverschreibungen nicht anders als auf Grund eines dieselben anordnenden oder zulässenden Gesetzes vorzunehmen und die Protokolle über die Bereidigung dem Reichstage vorzulegen. Trotz eifriger Protestes des Bundeskommissars wurde dieser Antrag mit 10 gegen 3 Stimmen angenommen und die Debatte auf heute vertagt, wo sie wohl zu Ende kommen wird.

Bereits am 14. d. M. hat der Reichstagsabgeordnete Moritz Wiggers (Berlin) nach vorgenommener Einsicht in die Wahlakten des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin dem Präsidium die Mittheilung gemacht, daß der Kammerherr v. Dergen auf Kotlow, dessen Wahl auf seinem Antrag beanstandet ward, durch ein falsches Redenegemel der großherzoglich strelitzschen Ministerialfamilie in den Reichstag gekommen sei. Derselbe habe nämlich nicht, wie die Kanzlei der strelitzschen Regierung angebe, 9 Stimmen über die absolute Majorität, sondern 9 Stimmen unter der absoluten Majorität gehabt, was fid aus der beigelegten Berechnung, welche auf seinen an das Präsidium gerichteten Antrag von dem Bureau des Reichstages auch gemacht sei und mit der seiningen übereinstimme, ergebe. Außerdem hat derselbe Abgeordnete dem Präsidium mitgetheilt, daß 4 Stimmen, welche für den Kammerherren v. Dergen berechnet seien, ungültig abgegeben seien, und daß 15 Stimmzettel, welche auf Pogge-Blankenhof, den liberalen Gegenkandidaten, lauteten, unrechtmäßiger Weise für ungültig erklärt waren, weil die Bezeichnung seines Standes als Gutsbesitzer darin nicht angegeben sei. Im Ganzen hat danach der v. Dergen 19 Stimmen unter der absoluten Majorität gehabt.

Die Abg. Dr. C. Braun und Dr. O. Michaelis bereiten einen Antrag folgenden Inhalts vor: „Die Bollvereinsverträge zu genehmigen, mit der Maßgabe, daß die Ratifikation nur gegenüber denjenigen süddeutschen Staaten erfolgt, welche die rechtliche Verbindlichkeit der Schutz- und Trubündnisse vom August und September 1866 nicht in Frage stellen.“ Wenn die württembergische Kammer, dem Antrage ihrer Kommission entsprechend, im Laufe dieser Woche das Gesetz von dem thut, was in dem Schlussteile des Antrages ausgedrückt ist, so durfte wohl nicht daran zu zweifeln sein, daß unter Norddeutscher Reichstag diesen Antrag annimmt. Die „Berl. Ref.“ vermitteilt, daß von Seiten des Grafen Bismarck bereits Schritte im letzteren Sinne geschehen sind. Aus zweifelloser Quelle wird ihr angekündigt, daß eine Note an die betreffenden Regierungen abgegangen sei, welche eine sofortige Kündigung der Bollvereinsverträge als unmittelbare Folge einer etwa zu erwartenden Verwerfung des Schubündnisses hinstellt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 23. Oktober.

[Stiftungsfest des Gabelsbergerischen Stenographen-Vereins.] Sonnabend, den 19. feierte der hiesige Gabelsbergerische Stenographen-Verein sein erstes Stiftungsfest, zu dem sich fast sämmtliche Mitglieder des Vereins, so wie auch einige Gäste eingefunden hatten. Buerst hielt der Vorsitzende des Vereins, Herr Referendar Kreidel einen längeren Vortrag über das Wesen und den Nutzen der Stenographie, in welchem er das Wesen derselben, hauptsächlich der Gabelsbergerischen, vor Augen führte und die leichte Erlerbarkeit und den Nutzen, den Schnellschrift gewährt, zeigte, so daß sie im gegenwärtigen Kulturladen bereits eine Einmündung, die eine geringere Gleichgültigkeit der Laien derselben gegenüber erforderlich. Hierauf wurde von dem Schriftführer der Jahresbericht verlesen, dem derselbe Einiges über die Verhältnisse, die die Gründung des Vereins ermöglichten, vorausschätzte, und dem wie folgendes entnehmen: Zwei Jahre sind es jetzt her, seitdem die ersten Keime der Gabelsbergerischen Stenographie hier von dem jetzigen Vorsitzenden des Vereins ausgefaßt wurden. Nachdem derselbe in einem Privat- und einem Unterrichtskursus an der hiesigen Realschule eine ziemliche Anzahl Anfänger der Kunst gewonnen hatte, hielt Herr Kreidel, gegenwärtig Mitglied erster Klasse am Königlich Sächsischen Stenographischen Institut, auf einen Rücktritt aus Königsberg hier einen Vortrag über Stenographie, der einen heftigen Kampf zwischen den Anhängern beider Systeme in den hiesigen Zeitungen veranlaßte. Als die darauf eingetretene Mobilmachung unseres Heeres im vorigen Jahre die Zahl der Theilnehmer an einem neuen Unterrichtskursus sehr vermindernde, traten die bis dahin dem System gewonnenen Anfänger zu einem Kränzchen zusammen, aus dem sich am 20. Okt. v. J. der Gabelsberger Stenographen-Verein bildete, dem Neujahr 1867 bereits 4 neue Mitglieder beitreten. In den ersten Tagen des Januar wurde von dem Verein an das hohe Haus der Abgeordneten eine Anschluß-Petition an die Herrn Senator Dr. Eggers in Berlin abgeschickt, welche das Fürwort des Abgeordnetenhauses für Einführung des obligatorischen oder mindestens facultativen Stenographie-Unterrichtes nach Gabelsberger an den höheren Lehranstalten wünscht, eventuell aber die Befürwortung einer vorgängigen speziellen Prüfung des sprachwissenschaftlichen und pädagogischen Wertes der verschiedenen Stenographie-Systeme durch eine aus entsprechenden Kräften zusammengesetzte Kommission. In der That ist in Sachsen, Bayern, Sachsen und noch andern deutschen Staaten, außerdem in der Provinz Preußen die Gabelsbergerische Stenographie theils als obligatorischer, theils als facultativer Lehrgegenstand mit bestem Erfolge eingeführt. Am 9. Jan. d. J. wurde die Gedächtnissfeier des Todes Gabelsbergers, der leider zu früh für seine unsterbliche Schöpfung am 4. Jan. 1849 aus dieser Welt geschieden, sowie, nachdem dadurch, daß dem Verein von dem Magistrat die ferne Benutzung eines Klassenzimmers in der Realschule abgeschlagen wurde, der Verein theilweise seine Sitzungen hatte aufzusagen müssen, am 20. März der Geburtstag Gabelsbergers, der am 9. Februar 1789 in Münster das Licht der Welt erblickte, gefeiert. Auch wurden im September die Statuten des Vereins einer Revision unterworfen und in zweimaliger Lesung die Änderung einiger Paragraphen beschlossen. In den Wochenversammlungen wurden alle literarischen Erscheinungen auf dem Gebiete der Stenographie auf das Eingehendste besprochen, wenn die laufenden Geschäfte abgewickelt waren, ferner Vorträge an die Reihe. Ferner wurden die Versammlungen mit Schreib- und Lesübungen, bei denen der Verein in 2 Sektionen getheilt ist, schnellschriftlichen Übungen und Referaten aus neuangefrommenen Zeitschriften ausgefüllt. Auch andere Systeme wurden nach Geblieb berücksichtigt. Der hiesigen Tagespresse hat sich der Verein mehrmals bedient, es besteht ferner in dem Verein ein Lesezirkel, welcher von den 40 Zeitschriften der Gabelsbergerischen Schule die 7 gelesenen enthält, auch zu der Vereinsbibliothek konnte ein guter Grund gelegt werden. Endlich war der Verein bemüht, durch Ertheilung von Unterricht die Sache der Stenographie zu fördern, besonders ist die Theilnahme an dem gegenwärtig noch im Gange befindenden eine rege. — Darauf ward von einem Mitglied der Ausschüttung

mission dem Verein angezeigt, daß der Vorstand nach Kräften das Interesse des Vereins gefördert, und das Eigenthum desselben, sowie die Rasse in musterhafter Ordnung befunden worden wäre, worauf dem Vorstande Decharge ertheilt und einstimig die Wiederwahl desselben beschlossen wurde, ebenso der Antrag eines Mitgliedes, hr. Senator Dr. Eggers in Berlin die Ehrenmitgliedschaft des Vereins anzutragen, angenommen.

[Der Thurmwächter als Thurmuhrr.] Die Aufstellung unserer neuen Thurmuhrr, die nach der Befüllung des Fabrikanten in den ersten Tagen dieses Monats stattfinden sollte, hat sich bis heute verzögert und die altersschwache Stadturh fast vollständig außer Ausr. gelegt, soviel auch der Stadturmwächter und der Thurmwächter nachgaben. Aber in den letzten Tagen wollte es doch gar nicht mehr gehen und plötzlich riß der Lebensfaden gänzlich. Was nun anfangen? Es ging doch nicht, daß uns vom Rathaussturm gar nicht mehr angegeben werden sollte, was die Glöcke geschlagen; so meinte der Thurmwächter und strengte alle Kräfte an, die Uhr wenigstens beim Ablauf der Stunde in Bewegung zu setzen und sie in einem Scheinleben, uns in der Läufung zu erhalten. Am Montag erreichte die Verlegenheit den Gipfelpunkt, als trotz aller Anstrengung die Uhr nicht mehr zu bewegen war, ja sogar die Zeiger von den Blättern abgenommen werden mußten. Nun blieb nichts Anders weiter übrig, als daß der Thurmwächter selbst als Stadturh eintrat, indem er sich alle Stunden als lebendiges Gewicht an die nach der großen Glöcke führende Eisenstange hängte und den Hammer in Bewegung setzte. Mancher, der die Uhr ohne Zeiger sah, mag sich gewundert haben, immer noch Lebenszeichen von ihr zu hören; doch in der vorigen Nacht versagten, weil das letzte Hülfsmittel ausgesetzt, auch diese erzwungenen Lebenszeichen, und der Wächter stand ratlos, als heute Morgen nach langem Harren die neue Rathausuhr anlangte, deren Aufstellung in diesen Tagen bevestigt wird. Nun kann die langgesehnte alte Stadturh in Frieden ruhen.

5 Birnbaum, 20. Okt. [Unglücksfall.] Gestern wurde in der

Brennerei zu Großdörp der Arbeitssmann K. in den Gährungsraum geschickt, um dort die betreffenden Geschäfte zu verrichten. Weil K. zu lange blieb, sah der Brennerei-Berwalter selbst nach und fand denselben befinnungslos auf dem Boden liegen. Bemüht, ihn aufzurichten und aus dem mit Staub füchsterlich angefüllten Raum zu entfernen, wurde auch er bestäubt, behielt aber noch so viel Bestimmung, daß er den Raum verließ. Er befahl den anderen Arbeitseuten, den K. zu retten; doch Niemand begeigte Lust, das gefährliche Lokal zu betreten. Darum begab er sich, nachdem er sich einige Minuten erholt hatte, noch einmal dahin, fiel abermals bestäubt zu Boden, und mochte wohl schon mehrere Minuten bewußtlos dagelegen haben, als der Besitzer der Brennerei dazu kam und beide Personen in dem beklagenswerten Zustande erblickte. Rasch sprang er mit mehreren Arbeitern hinzu, schaffte durch Berücksicht der Fensterscheiben Luftzufuhr (alle Ventilatoren waren nämlich geschlossen) und ließ eiligst ärztliche Hilfe herbeiholen. Den angestellten Wiederbelebungsversuchen verdankt der Brennerei-Berwalter die Erhaltung seines Lebens; K. aber konnte nicht mehr gerettet werden; er hinterläßt eine Witwe und 2 Kinder.

### Gewinn-Liste

#### der 4. Klasse 136. königl. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 70 Thaler sind den betreffenden Nummern in Parenthesen beigefügt.)

Bei der heute angefangenenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

4 12 (100) 55 129 262 75 379 424 48 84 522 26 634 56 791  
865 (100) 913 72 1130 226 415 502 5 74 90 673 718 807  
16 90 95 942 70 2067 85 141 215 19 (100) 30 47 (100) 61 (100)  
66 81 333 96 464 (100) 542 691 (200) 717 31 809 28 73 82 83  
953 75 87 (200) 3004 67 97 135 315 19 46 61 402 510 17 653  
772 91 93 98 825 59 61 974 4020 58 78 139 (100) 201 41 62 374  
80 731 51 (100) 57 804 (200) 87 981 83 5151 63 66 80 (100) 90  
270 317 (500) 20 410 42 61 81 96 (100) 633 52 763 67 822 36  
935 (100) 91 6069 70 113 18 46 268 69 93 303 482 (100) 617  
40 67 86 878 86 981 7066 154 67 210 27 42 326 (100) 35 58  
(100) 65 558 (100) 59 93 664 73 74 754 801 (200) 913 (100) 8038  
(100) 164 (500) 81 241 74 76 (500) 331 41 461 74 81 510 16 52  
74 85 (200) 617 31 (200) 70 738 95 812 74 (100) 9025 38 56  
(100) 71 98 (100) 105 (100) 39 (100) 313 14 (500) 42 403 15 51 99  
503 6 48 91 603 39 64 777 (1000) 828 34 972  
10,019 (100) 65 98 120 76 93 233 59 89 386 (100) 427 70 (100)  
605 6 (100) 14 78 749 (100) 56 93 841 903 26 11,083 87 134 54  
(100) 57 59 60 85 227 37 330 77 (200) 443 46 74 (200) 558 777  
800 (200) 64 916 33 39 42 12,072 154 60 (200) 76 206 21 309  
434 43 59 83 567 603 58 739 51 821 37 941 13,074 93 (100)  
102 (100) 39 55 57 249 (100) 62 306 65 74 491 535 76 (100) 695  
717 36 (500) 89 801 10 92 918 39 79 14,016 38 71 83 106 232  
(100) 33 35 49 397 439 55 70 510 46 651 (100) 55 (100) 849 54  
56 922 (100) 46 88 99 15,016 97 147 (1000) 235 334 63 93 411  
57 68 524 71 625 708 9 (500) 11 (2000) 32 77 862 911 43 16,028  
(100) 33 70 (100) 79 103 7 218 44 54 75 (100) 311 13 23 42 (100)  
55 78 428 40 77 500 (500) 618 36 742 (500) 56 99 884 948.  
17,005 (200) 31 97 136 41 400 514 (200) 631 75 (200) 787 91  
826 65 66 906 18,019 66 181 211 26 70 93 324 70 440 508  
18 52 72 625 85 98 703 57 855 57 68 977 86 19,077 92 156 84  
(1000) 252 (1000) 324 42 92 (100) 459 524 628 700 48 52 833  
62 63 (100) 98.  
20,024 139 212 39 (1000) 332 38 59 (200) 411 68 539 (100)  
97 689 715 814 95 901 28 88 21,041 67 72 (100) 78 84 (100)  
229 90 (200) 338 43 90 99 432 42 (100) 538 40 91 609  
(200) 46 727 802 8 86 940 93 22,006 82 97 115 58 217 40  
51 (500) 380 430 (100) 69 74 532 606 15 22 51 (100) 794 99  
849 902 23 93 23,041 48 75 (200) 79 109 16 (1000) 418 72 558  
71 608 28 (100) 29 39 805 61 87 945 51 24,004 20 103 53 88  
(100) 202 16 74 76 379 81 440 93 544 53 90 (100) 616 (500)  
714 (1000) 845 55 932 91 25,009 43 47 142 43 233 (100) 50 (500)  
95 357 400 615 84 86 785 892 93 963 26,022 32 177 86 228  
31 39 (100) 73 310 20 35 91 408 652 761 819 54 27,041 (200)  
82 (100) 91 117 (200) 212 39 68 311 89 409 (200) 566 621 52  
59 62 708 (500) 15 40 (500) 805 60 70 913 28,006 10 20 26 77  
85 93 134 42 202 15 (100) 362 63 (100) 94 449 90 536 (100) 70  
72 (100) 79 92 611 (100) 20 29 50 97 (100) 795 (100) 872 917 52,  
29,011 36 127 69 98 (200) 263 360 420 542 55 79 (100) 97 (1000)  
602 5 76 78 706 10 83 838 64.  
30,015 17 27 (200) 56 213 (500) 71 94 301 43 46 51 406 45  
62 72 (100) 547 774 78 96 842 92 914 (200) 34 31,084 98 125  
43 54 235 38 325 46 47 78 413 18 (100) 71 585 616 20 59 80  
(200) 703 30 39 821 46 951 (1000) 32,006 140 68 (1000) 99 221  
306 (100) 27 58 (1000) 65 444 (100) 567 616 29 38 55 704 (100)  
15 97 859 80 85 969 33,003 23 25 (100) 39 77 205 48 72 87  
301 25 508 50 72 701 (100) 17 90 904 94 (100) 34,038 97 (100)  
121 29 76 302 40 82 458 544 (500) 88 634 57 84 705 7 (100)  
55 93 802 916 61 35,095 123 35 48 232 35 78 374 (100) 428  
(200) 39 44 55 606 9 30 82 706 98 865 80 (100) 940 96 36,051  
66 112 (1000) 36 204 17 66 305 63 809 38 (1000) 91 732 92  
802 (500) 77 967 (200) 84 37,134 (100) 47 61 252 92 (500) 326  
87 400 20 (500) 69 87 589 (100) 90 766 68 87 807 31 37 73 80  
89 911 20 (100) 38,091 106 20 57 77 (500) 79 262 86 3

## Bekanntmachung.

Nach Vorschrift der Verordnung vom 30. Mai 1849 über die Ausführung der Wahl der Mitglieder zum Abgeordnetenhaus und des Reglements vom 23. September 1867 haben wir die Abtheilungen festgestellt, in welche die Urwähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staats-Steuer und hierortigen Kommunal-Einkommen-Steuer gehören oder gehören würden, wenn sie nicht gesetzlich von der Klassensteuer und der direkten Kommunalsteuer befreit wären. Die allgemeine Abtheilungsliste wird auf dem hiesigen Rathause, die Auszüge daraus für jeden einzelnen Urwahlbezirk, welche für dieselben die Abtheilungslisten bilden, werden in den Lokalien, in welchen am 30. d. Mts. die Wahl der Wahlmänner stattfinden soll,

am 24., 25. und 26. d. Mts.

öffentlich ausgelegt werden. Wer die Aufstellung der Listen für unrichtig oder für unvollständig hält, kann dies innerhalb obiger dreier Tage schriftlich anzeigen oder bei uns zu Protokoll geben. Das nachstehende Tableau weist die Abgrenzung der Urwahlbezirke, die Zahl der in jedem Bezirk und dessen Abtheilungen zu wählenden Wahlmänner, die ernannten Wahlvorsteher und deren Stellvertreter, die Lokalien, in welchen für die einzelnen Bezirke die Wahlen abgehalten, so wie die Tageszeit, während welcher am 24., 25. und 26. d. Mts. die Abtheilungslisten für jeden Bezirk in diesen Lokalien öffentlich ausliegen werden, nach.

## Tableau.

Rnummer des Urwahlbezirks.	Abgrenzung der Urwahlbezirke. (Die Grundstücke sind nach den polizeilichen Straßennummern bezeichnet)		Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	A. Wahl- vorsteher.  B. Stellvertreter dieselben.	Wahllokalien der einzelnen Urwahlbezirke.	Tageszeit, während welcher am 24., 25. u. 26. die Abtheilungs- listen öffentlich ausliegen.
1. Markt 1—36. 70—84. 92—100.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Apotheker R. Hoffmann. B. Kaufmann und Konditor Pfitzner. Summa 6.	A. Handelsaal im Stadtwaagen-Gebäude.	Rathaus.	Nachmittags von 2—4 Uhr.	
2. Markt 37—44. Breitestraße 1—30. Klosterstraße 15—16. Schlosserstraße 4—5. Gerberstraße 19—21, 35—37.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann Annus. B. Kaufmann F. G. Fraas. Summa 6.	A. Magistrats-Sitzungssaal. B. Sitzungssaal.	Vormittags vor 9—12 Uhr.		
3. Markt 45—52. Büttelstraße 1—23. Klosterstraße 17, 18. Schlosserstraße 6. Wasserstraße 1—14.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann Goldenring. B. Kaufmann P. Andersch. Summa 6.	A. Stadtverordneten-Sitzungs-Saal. B. Schulhaus an d. Breslauer-strasse, 1. Et.	Vormittags von 9—12 Uhr.		
4. Markt 53—68. Breslauerstraße 1—9, 37—40. Ziegenstraße 26, 27. Lauenstraße 1—3, 5—7. Seitenstraße 1—12. Klosterstraße 1, 19, 20.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann Rob. Garfey. B. Professor Dr. Szafarkiewicz. Summa 6.	A. Schulhaus an d. Breslauer-strasse, 1. Et. B. Szafarkiewicz.	Vormittags von 9—12 Uhr.		
5. Wasserstraße 16—30. Ziegenstraße 1, 28—30. Neumarkt 1—17. Gerberstraße 7—15, 41—48.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Wagenfabr. Weltinger. B. Kupferdrdm.-Meister Joh. Krystiewicz. Summa 6.	A. Schulhaus an der Allerheiligenstraße (Part. links). B. Schulhaus auf der Vorstadt Grabe (Nr. 1.). C. Feiert.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
6. Graben 1—44. Gerberstraße 16—18, 38—40.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Stadtrath Dr. Samter. B. Zimmerstr. B. Zimmermanstr. Feiert. Summa 6.	A. Schulhaus an der Allerheiligenstraße (Part. rechts). B. Schulhaus auf der Vorstadt Grabe (Nr. 1.). C. Feiert.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
7. Thorstraße 1—15. Grünstraße 4, 5. Allerheiligenstraße 1—4. Gerberstraße 1—6, 49—57. Columbia 1—20.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Real-Schulgebäude Schützenstraße 3. (1. Etage). B. Real-Schul-Direktor Dr. Brennecke. Summa 6.	A. Real-Schulgebäude Schützenstraße 3. (2. Etage). B. Appell.-Gerichts-Rath v. Grousz. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
8. Schützenstraße 1—26. Wiesenstraße 1—3. Langestraße 1—12. Grünstraße 1—3, 6, 7. Halbdorfstraße 1—4.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Hauptmann a. D. u. Nen-dant Ziehle. B. Appell.-Ge richts-Rath v. Grousz. Summa 6.	A. Real-Schulgebäude Schützenstraße 3. (2. Etage). B. Appell.-Ge richts-Rath v. Grousz. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
9. Fischerei 1—31. Halbdorfstraße 9—19.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kreisger.-Rath Fest. B. Maurermstr. Hesselbein. Summa 6.	A. Real-Schulgebäude Schützenstraße 3. (2. Etage). B. Maurermstr. Hesselbein. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
10. Halbdorfstraße 5—8, 20—35. Gartenstraße 1—3, 13—20. Bäckerstraße 5—17.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Stadtrath Mamroth. B. Kaufmann und General-Agent Meyer. Summa 6.	A. Schulhaus an der Schulstraße. B. Früher Zychlin-ski, jetzt Schulzeche Restauration. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
11. Breslauerstraße 10—36. Schulstraße 8—14. Bergstraße 1—15.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Buchdrucker-Bef. Zoern. B. Kaufmann C. F. Meyer. Summa 6.	A. Schulhaus an der St. Martinstraße Nr. 21. B. Saal bei Haupt-St. Martinstr. Nr. 71. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
12. Wilhelmstraße 12—18. Wilhelmsplatz 1—10. St. Martinstraße 1—9, 68—80. Hohe Gasse 4, 5. Bäckerstraße 2—4, 18—21.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann Schellenberg. B. Kaufmann Kleinow. Summa 6.	A. Schulhaus an der St. Martinstraße Nr. 21. B. Saal bei Haupt-St. Martinstr. Nr. 71. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
13. St. Martinstraße 10—46. Neue Gartenstraße 4—12. Kleine Ritterstraße 1—8. Wallstraße 1—9.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann H. Bielefeld. B. Kaufmann Louis Jaffe. Summa 6.	A. Schulhaus an der St. Martinstraße Nr. 21. B. Saal bei Haupt-St. Martinstr. Nr. 71. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		
14. St. Martinstraße 54—67. Ritterstraße 6—10. Berlinerstraße 11—26. Berliner Fort (Fort Liezen). Mühlenstraße 7—16.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann H. Bielefeld. B. Kaufmann Louis Jaffe. Summa 6.	A. Schulhaus an der St. Martinstraße Nr. 21. B. Saal bei Haupt-St. Martinstr. Nr. 71. Summa 6.	Nachmittags von 4—6 Uhr.		

Rnummer des Urwahlbezirks.	Abgrenzung der Urwahlbezirke. (Die Grundstücke sind nach den polizeilichen Straßennummern bezeichnet.)		Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	A. Wahl- vorsteher.  B. Stellvertreter dieselben.	B. Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	A. Wahl- vorsteher.  B. Stellvertreter dieselben.	Wahllokalien der einzelnen Urwahlbezirke.	Tageszeit, während welcher am 24., 25. u. 26. die Abtheilungs- listen öffentlich ausliegen.
15. Mühlenstraße 1—5, 17—22. Berlinerstraße 27—34. Ritterstraße 11—16. Neust. Markt 1—3, 5, 6, 10. Königsstraße 1—21. Windmühlen vor dem Berliner Thore 1—15.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann R. Asch. B. Stadtrath Berger. Summa 6.	A. Kaufmann R. Asch. B. Stadtrath Berger. Summa 6.	A. Kaufmann R. Asch. B. Stadtrath Berger. Summa 6.	A. Kaufmann R. Asch. B. Stadtrath Berger. Summa 6.	A. Kaufmann R. Asch. B. Stadtrath Berger. Summa 6.	Gildebrandt's Restaurations-Lokal, Königsstraße Nr. 1.	Vormittags von 9—12 Uhr.
16. Ritterstraße 1, 2. Friedrichsstraße 16—33. Lindenstraße 1—6. Wilhelmsplatz 11—17. Wilhelmsstraße 21—30.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Apoth. Dr. Mankiewicz. B. Kfm. Bernh. Seidel. Summa 6.	A. Apoth. Dr. Mankiewicz. B. Kfm. Bernh. Seidel. Summa 6.	A. Apoth. Dr. Mankiewicz. B. Kfm. Bernh. Seidel. Summa 6.	A. Apoth. Dr. Mankiewicz. B. Kfm. Bernh. Seidel. Summa 6.	A. Apoth. Dr. Mankiewicz. B. Kfm. Bernh. Seidel. Summa 6.	Im Volksgar-ten-Saal, Königsstraße.	Vormittags von 9—12 Uhr.
17. Wilhelmsstraße 4—11. Neuestraße 1—5. Ziegenstraße 8—11. Waisengasse 8. Franziskanerstraße 1, 2. Schlossberg 1—6. Schlossstraße 1—5. Friedrichsstraße 1—15, 37, 38.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Stadttr. Ed. Seidel. B. Rent. Kaaß. Summa 6.	A. Stadttr. Ed. Seidel. B. Rent. Kaaß. Summa 6.	A. Stadttr. Ed. Seidel. B. Rent. Kaaß. Summa 6.	A. Stadttr. Ed. Seidel. B. Rent. Kaaß. Summa 6.	A. Stadttr. Ed. Seidel. B. Rent. Kaaß. Summa 6.	Waisenhaus an der Neuenstraße (2. Etage).	Vormittags von 9—12 Uhr.
18. Wilhelmsstraße 1—3. Magazinstraße 1—15. Sapiehlaplaz 1—7. Kanonenplatz 1—10. St. Adalbertstraße 1—9, 48—50.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kanzleirath Magazinstraße 1—3. B. Rentenbank Dir. Hochberger. Summa 6.	A. Kanzleirath Magazinstraße 1—3. B. Rentenbank Dir. Hochberger. Summa 6.	A. Kanzleirath Magazinstraße 1—3. B. Rentenbank Dir. Hochberger. Summa 6.	A. Kanzleirath Magazinstraße 1—3. B. Rentenbank Dir. Hochberger. Summa 6.	A. Kanzleirath Magazinstraße 1—3. B. Rentenbank Dir. Hochberger. Summa 6.	Goritz'sches Stück an der Kl. Gerberste. Nr. 4.	Nachmittags von 2—4 Uhr.
19. St. Adalbertstraße 10—47. Przepadel. Mühlthor. St. Adalbertshof. Kleine Gerberstraße 1—9.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Rent. Gerberstr. 7. B. Kaufmann A. Krzyzakowski. Summa 6.	A. Rent. Gerberstr. 7. B. Kaufmann A. Krzyzakowski. Summa 6.	A. Rent. Gerberstr. 7. B. Kaufmann A. Krzyzakowski. Summa 6.	A. Rent. Gerberstr. 7. B. Kaufmann A. Krzyzakowski. Summa 6.	A. Rent. Gerberstr. 7. B. Kaufmann A. Krzyzakowski. Summa 6.	Fehrle's Restau-rationslokal, Kl. Gerberstr. 7.	Vormittags von 9—12 Uhr.
20. Markt 85—91. Krämerstraße 18—21. Bronkerstraße 1—25. Leichstraße 1—6. Nasse Gasse 1—4. Marstallgasse 1—4. Kleine Gerberstraße 12—14.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Buchhändler Levysohn. B. Braueigner Muschner. Summa 6.	A. Buchhändler Levysohn. B. Braueigner Muschner. Summa 6.	A. Buchhändler Levysohn. B. Braueigner Muschner. Summa 6.	A. Buchhändler Levysohn. B. Braueigner Muschner. Summa 6.	A. Buchhändler Levysohn. B. Braueigner Muschner. Summa 6.	Schulhaus, Al-lerheiligenstr. (Parterre.).	Nachmittags von 2—4 Uhr.
21. Judenstraße 1—34. Dominikanerstraße 5, 6. Krämerstraße 23, 24. Schuhmacherstraße 1—3, 18—20.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Kaufmann Lippmann. Au-erbach. B. Kaufm. Jul. Genster.	A. Kaufmann Lippmann. Au-erbach. B. Kaufm. Jul. Genster.	A. Kaufmann Lippmann. Au-erbach. B. Kaufm. Jul. Genster.	A. Kaufmann Lippmann. Au-erbach. B. Kaufm. Jul. Genster.	A. Kaufmann Lippmann. Au-erbach. B. Kaufm. Jul. Genster.	Saal im Fisch-Lippmann-Haus an der Bronkerstraße Nr. 18.	Nachmittags von 2—4 Uhr.
22. Schuhmacherstraße 5—16. Dominikanerstraße 1—4. Kleine Gerberstraße 10, 11. Sandstraße 1—10, (Nr. 10 = 1. Gerberdamm). Barlebenshof 1—9. Holzplätze 1, 2. Schifferstraße 2—10. Gerberstraße 24—29.	A. — 1. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Posth. Gerlach. B. Röhmeister Vollhase. Summa 6.	A. Posth. Gerlach. B. Röhmeister Vollhase. Summa 6.	A. Posth. Gerlach. B. Röhmeister Vollhase. Summa 6.	A. Posth. Gerlach. B. Röhmeister Vollhase. Summa 6.	A. Posth. Ger		

**Abgrenzung  
der Urwahlbezirke.**  
(Die Grundstücke sind nach den polizeilichen  
Straßennummern bezeichnet.)

28. Generalkommando und Generalstab.  
Stab der 10. Division.  
Kommandantur.  
Stab der 19. Infanterie-Brigade.  
Stab der 20. Infanterie-Brigade.  
Stab der 10. Kavallerie-Brigade.  
Stab der 5. Artillerie-Brigade.  
5. Gendarmerie-Brigade.  
Stab und 1. Bataillon 1. Niederschl.  
Infant.-Regts. Nr. 46.  
Stab und 2. Bataillon 1. Niederschl.  
Infant.-Regts. Nr. 46.  
Stab des Niederschl. Feld-Artillerie-  
Regiments Nr. 5.  
Stab und 1. und 2. Eskadron 2. Leib-  
Husaren-Regiments Nr. 2.  
Artillerie-Depot.  
Festungs-Baudirektion und Kom-  
mando des Niederschl. Pionnier-  
Bataillons Nr. 5. und  
des Brandenburgischen Pionnier-  
Bataillons Nr. 3.  
Kommando der Militär-Straf-Ab-  
theilung.  
Intendantur.

Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	A. Wahl- vorsteher. B. Stellvertreter dasselben.	Wahllokalien der einzelnen Urwahlbezirke.	Tageszeit, während welcher am 24., 25. u. 26. die Abtheilungs- listen öffentlich ausliegen.
A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Militär-In- tendant Großmann. B. Militär-In- tendanturrath Gervais.	Fort Nauch.	Vormittags von 9 — 12 Uhr.

Raumnummer des Urwahlbezirks.	Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	Abgrenzung der Urwahlbezirke. (Die Grundstücke sind nach den polizeilichen Straßennummern bezeichnet.)	Zahl der zu wählenden Wahlmänner: A. in der 1. Abth. B. in der 2. Abth. C. in der 3. Abth.	A. Wahl- vorsteher. B. Stellvertreter dasselben.	Wahllokalien der einzelnen Urwahlbezirke.	Tageszeit, während welcher am 24., 25. u. 26. die Abtheilungs- listen öffentlich ausliegen.
29.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	Stab und 1. Bataillon 1. Westpreuß. Grenadier-Regiments Nr. 6. inkl. Attachirte. Stab und 2. Bataillon 1. Westpreuß. Grenadier-Regiments Nr. 6. Stab und 1. Bataillon Westphälischen Füsilier-Regiments Nr. 37. Stab und Füsilier-Bataillon 3. Nie- derschl. Infan.-Regts. Nr. 50. Stab und 1. Kompanie des Nieder- schles. Train-Bataillons Nr. 5. 2. Kompanie des Niederschl. Train- Bataillons Nr. 5. 1. Bataillon 1. Posener Landwehr- Regiments Nr. 18.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Oberst und Regiments- kommandeur im 1. Westpr. Grenad.-Regt. Nr. 6. v. Scheffler. B. Major im 1. Westpreuß. Gren.-Regt. Nr. 6. v. Heugel.	Fort Liezen.	Vormittags von 9 — 12 Uhr.
30.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	Stab und 1. Bataillon 3. Niederschl. Infanterie-Regiments Nr. 50. Stab und 2. Bataillon 3. Niederschl. Infanterie-Regiments Nr. 50. Stab und 3. Fußabtheilung des Nie- derschl. Feld-Artillerie-Regts. Nr. 5. Stab des Niederschl. Festungs-Ar- tillerie-Regiments Nr. 5. und Stab der 1. Abtheilung, sowie 1., 2., 3. und 4. Kompanie des Nieder- schles. Festungs-Artillerie-Regts. Nr. 5. inkl. Attachirte.	A. — 2. B. — 2. C. — 2. Summa 6.	A. Oberst und Regts.-Kom- mandeur 3. Niederschl. Inf.-Regts. Nr. 50. v. Nazmer. B. Major im 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50. v. Berken.	Husarenkaserne, Magazinstr.	Nachmittags von 2 — 4 Uhr.

Die in der hiesigen Gemeinde stimmberechtigten Urwähler, wie solche die Abtheilungslisten nachweisen, werden hiermit zur Wahl der Wahlmänner in den bestimmten Wahllokalien am 30. d. Mts. früh 9 Uhr berufen.

Posen, den 20. Oktober 1867.

**Der Magistrat.**

Bromberg, den 4. Oktober 1867.  
**Bekanntmachung.**

Die im Kreise Inowraclaw bei der Stadt  
Strzelno, an der Posen-Thorn Staatschause-  
belegene, 2½ Meilen von der Kreisstadt Ino-  
wraclaw, 8½ Meilen von Bromberg, 8 Meilen  
von Thorn und 13 Meilen von Posen entfernte  
königliche Domäne Strzelno wird zu Jo-  
hann 1868 pachtlos und soll von da ab auf  
weitere 18 Jahre öffentlich meistbietend verpach-  
tet werden.

Hierzu ist ein Termin auf

**Donnerstag den 14. Nov. d. J.**

**Vormittags 11 Uhr**

im Sitzungssaale des hiesigen Regierungs-Ge-  
bäudes vor dem Domänen-Departementrat,  
Herrn Regierungsrath Fischer, anberaumt, zu  
welchem qualifizierte Pachtbewerber hierdurch  
eingeladen werden.

Die Domäne besteht aus den Vorwerken:

1. Strzelno, enthaltend an  
Hof- und Baustellen 24 Mrg. 110 □ R.  
Gärten (einschliefsl. 5,96  
Holzungen) . . . . . 20 . . . . . 54 . . . . .  
Acker . . . . . 1198 . . . . . 162 . . . . .  
Wiesen . . . . . 367 . . . . . 70 . . . . .  
Wasserflüden . . . . . 3 . . . . . 173 . . . . .  
Wege, Gräben, Dedi-  
land ic. . . . . 22 . . . . . 68 . . . . .  
zusammen 1637 Mrg. 97 □ R.

2. Gay, enthaltend an  
Hof- und Baustellen 5 Mrg. 29 □ R.  
Acker . . . . . 535 . . . . . 175 . . . . .  
Wiesen . . . . . 176 . . . . . 10 . . . . .  
Hütung . . . . . 30 . . . . . 54 . . . . .  
Wege, Dedi-land,  
Wasser ic. . . . . 19 . . . . . 133 . . . . .  
zusammen 767 Mrg. 41 □ R.

3. Mylny, enthaltend an  
Hof- und Baustellen 15 Mrg. 7 □ R.  
Gärten . . . . . 7 . . . . . 32 . . . . .  
Acker . . . . . 1492 . . . . . 130 . . . . .  
Wiesen . . . . . 173 . . . . . 103 . . . . .  
Hütung . . . . . 52 . . . . . 34 . . . . .  
Wege, Wasser ic. . . . . 47 . . . . . 45 . . . . .  
zusammen 1787 Mrg. 171 □ R.

4. Naszkrentyn, enthaltend an  
Hof- und Baustellen 2 Mrg. 54 □ R.  
Acker . . . . . 771 . . . . . 119 . . . . .  
Hütung . . . . . 9 . . . . . 178 . . . . .  
Wegen . . . . . 15 . . . . . 31 . . . . .  
zusammen 799 Mrg. 22 □ R.

und 5. Blawatty, enthaltend an  
Hof- und Baustellen 6 Mrg. 130 □ R.  
Gärten . . . . . 3 . . . . . 54 . . . . .  
Acker . . . . . 801 . . . . . 14 . . . . .  
Hütung . . . . . 10 . . . . . 115 . . . . .  
Wasserflüden . . . . . 5 . . . . . 121 . . . . .  
Wege, Dedi-land ic. . . . . 30 . . . . . 160 . . . . .  
zusammen 858 Mrg. 54 □ R.

Die Ausbietung zur Verpachtung geschieht al-  
ternativ, im Ganzen und in den beiden Pacht-  
schlüsseln Strzelno und Mylny.

Der Pacht schlüssel Strzelno besteht aus den  
Vorwerken Strzelno, Naszkrentyn, Blawatty und  
Gay mit Ausschluss des südwestlichen Theils die-  
ses Vorwerks, welcher an das Vorwerk Mylny  
grenzt und enthält an

Acker . . . . . 30 Mrg. 128 □ R.  
Wiesen . . . . . 50 . . . . . 167 . . . . .  
Wasserflüden . . . . . 1 . . . . . 3 . . . . .  
Wege, Dedi-land ic. . . . . 1 . . . . . 56 . . . . .  
zusammen 83 Mrg. 174 □ R.

Der Pacht schlüssel Mylny besteht aus dem  
Vorwerk Mylny und dem vorstehend beschriebe-  
nen südwestlichen Theile des Vorwerks Gay.

Das geringste Pachtgeld ist festgesetzt:  
für die Gesamt pachtung auf . . . 13,500 Thlr.,  
für den Pacht schlüssel Strzelno auf 9,100 . . .  
für den Pacht schlüssel Mylny auf 4,400 . . .  
Für Übernahme der Pachtungen ist persön-  
liche Qualifikation und ein disponibles, vor der

**Königliche Regierung.**  
Abtheilung für direkte Steuern,  
Domänen und Forsten.

**Bekanntmachung.**  
Höherem Auftrage zufolge soll die Chausse-  
geld-Hebeleile

**Blaustern**

auf der Berlin-Posener Kunstrasse (Birnbau-  
mer Kreises) vom 1. Januar k. J. ab zur Ver-  
pachtung gelangen.  
Wir haben hierzu einen Vicationstermin auf

**Dienstag d. 5. November c.**  
von Vormittags 9—12 Uhr Mittags  
im Vorlate des königlichen Steuer-Amts Schwei-  
rin a. W. anberaumt.

Die Pachtbedingungen liegen bei uns und  
dem königlichen Steueramt zu Schwerin a. W.

während der Dienststunden zur Einsicht aus und  
wird hierzu noch bemerkt, daß nur dispositions-  
fähige Personen, welche vorher bei dem königli-  
chen Steueramt Schwerin a. W. 150 Thaler  
baar oder in annehmbaren Staatspapieren de-  
poniren, zum Biete zugelassen werden.

Meseritz, den 12. Oktober 1867.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

**Bekanntmachung.**

Die Lieferung der zum Bau des dritten Ga-  
someters der hiesigen Gasanstalt erforderlichen

**Maurermaterialien** sowie die Ausführung  
der Maurerarbeiten, soll im Wege der Li-  
fertigung vergeben werden.

Es sind ca. zu liefern:

1) 20 Schachtröhren Lette,  
2) 313 Mille Thonsteine (Klinker),  
3) 280 Tonnen Portland-Cement,

4) 433 Tonnen hydraulischen Kalk,

5) 90 Tonnen gewöhnlichen Kalk,

6) 106 Schachtröhren Mauersand,

7) 40 gefüllte Ziegelbrocken,

8) 17½ laufende Fuß Granitstufen.

Um Maurerarbeiten sind ca. 276 Schachtröhren

Mauerwerk, theils in Beton, theils in Cement,

hydraulischer und gewöhnlicher Kalkmörtel-

Ziegelmasse nebst den erforderlichen Putz- und

Fugenarbeiten, auszuführen.

Sur Abgabe der Gebote haben wir einen

Termin auf

den 25. dieses Monats

Vom. von 11 bis 12 Uhr

im Bureau der Gas-Anstalt anberaumt, und

den hiermit Unternehmer dazu ein. Die Be-  
dingungen können vom 22. d. M. ab im Bureau

der Gasanstalt hier selbst, Graben 8/9., in den

Dienststunden eingesehen werden.

Posen, den 20. Oktober 1867.

Die Direktion der Gasanstalt.

**Handels-Register.**

Die in unserm Firmenregister unter Nr. 346.

eingetragene Firma Max Ranga zu Posen

ist erloschen und im Register gelöscht; da-  
gegen ist in dasselbe heute eingetragen unter Nr.

970. die Firma Eduard Feckert jun. zu

Posen. Eduard Feckert dafelbst.

Posen, den 17. Oktober 1867.

Königliches Kreisgericht.

1. Abtheilung.

**Bekanntmachung.**

In unser Firmenregister ist unter Nr. 110. die  
Firma:

„J. Preuss zu Grätz“  
und als deren Inhaber der Bäckermeister Jo-  
hann Preuss dafelbst am heutigen Tage ein-  
getragen worden.

Grätz, den 8. Oktober 1867.

Königliches Kreisgericht.

Der Handelsrichter.

**Bekanntmachung.**

In unser Firmenregister ist sub Nr. 111. die  
Firma:

„A. Preuss in Grätz“  
und als deren Inhaber der Bäckermeister Au-  
gust Preuss dafelbst am heutigen Tage einge-  
tragen worden.



